

# Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (C. S. Nr. 29, Hamburg) und der freien Vereine der Metallarbeiter Deutschlands.

Erscheint wöchentlich einmal Samstags. Abonnementspreis bei der Post 80 A. in Barlien direkt durch die Expedition billiger. Einzel-Abonnement nur bei der Post.

Nürnberg, 5. Dezember 1896.

Insertate die vier-spaltige Zeile oder deren Raum 20 A Redaktion und Expedition: Nürnberg, Waisenstraße Nr. 12.

**Inhalt:** „Im Interesse der Arbeiter.“ — Das Eigentum in der kapitalistischen Gesellschaft. — Zur Lage der Uhrenindustrie in Schwemingen. — Fabrikanten Sorgen. — Hafnarbeiterstreik in Hamburg. — Deutscher Metallarbeiter-Verband: Bekanntmachung des Vorstandes. — Korrespondenzen. — Vermischtes. — Bitterartische.

## Achtung!

**Vor Zugang von Arbeitern aller Branchen nach Hamburg-Altona wird hiermit dringend gewarnt.** Ueber 11000 Hafnarbeiter und Seeleute befinden sich im Streik, und fortgesetzt vermehren sich die Schaaren der Ausständigen. Agenten der Hamburger Rheder sind unterwegs, um Streikbrecher anzuwerben. Es muß unter allen Umständen verhindert werden, daß Ersatz für die Streikenden beschafft wird. (S. Seite 4).

## Zur Beachtung.

Zugang ist fernzuhalten: von Formern nach München (Landes), nach Dinglingen in Baden und Stuttgart (G. Häußler); von Gelbgießern, Drehern und Gürtlern nach Hamburg (Fleck Söhne); von Metallschlägern nach Großschönau; von Metallarbeitern aller Branchen nach Berlin; von Schlossern nach Stehne (Kunstschlosserei Gg. Schell); von Arbeitern der Fahrradbranche nach Brandenburg a. Havel (Liepe & Brest) u. Frankfurt a. M. (Sieber); Arbeitern der Gasbeleuchtungs- und Apparatenbranche nach Frankfurt-Oberrhein (Gebr. Pusch); von Klempnern, Emailarbeitern, Schlossern, Maschinenbauern und Metallarbeitern aller Berufe nach Lübeck; von Schlossern u. Drehern nach Halle a. S. (Maschinenfabrik Krebs); von Feilenbauern nach Düsseldorf, Dresden (Rippe), Rotterdam i. Holland (Junt u. Kerthoff); Billingen (Wegel) und Zwickau; von Formern, Schlossern und Drehern nach Wforzheim (Wentfiser).

## „Im Interesse der Arbeiter.“

Die Kapitalisten und ihre hoh- und niedergestellten Handlanger thun bekanntlich Alles „im Interesse der Arbeiter“. Bismarck führte nicht bloß im Interesse der Arbeiter das Sozialistengesetz ein, welches die Vereinigungen und die Presse der Arbeiter vernichtete, sie selbst verfolgte, anzwang und in die Gefängnisse warf, ferner der organisierten Unternehmerschaft auf Gnade und Ungnade auslieferte, er begann ebenfalls im Interesse der Arbeiter — „zum Schutze der nationalen Arbeit“, wie das kapitalistisch-demagogische Schlagwort lautete — die Schutzzollpolitik, welche den Unternehmern hohe Waarenpreise und fette Gewinne,

den Arbeitern aber nur eine Vertheuerung der Lebenshaltung bei gleichen schlechten Löhnen brachte. Als 1890 und 1891 im Reichstage über die Arbeiterschutzgesetzvorlage verhandelt wurde, war das „Interesse der Arbeiter“ der Vorwand für alle möglichen Schelmeereien der Unternehmervertreter. Im Interesse der Arbeiter wurde der Zehnstundentag für die Arbeiterinnen und die ganze erwachsene Arbeiterschaft, wurden die sozialdemokratischen Anträge auf allmähliche Einführung des Neun- und Achtstundentages bekämpft und verworfen, wurde die Sonntagsruhe in unzulänglichem Maße gewährt, das Trucksystem aufrecht erhalten und überhaupt alle Verbesserungen abgelehnt, dagegen alle Mängel und Verschlechterungen akzeptirt. Bei Behauptung der Versicherungsgesetze, des Gewerbevertragsgesetzes und bei unzähligen andern Anlässen war es ebenso. Es ist nicht genug, daß die Kapitalisten als die wirtschaftlich Starken stets und überall ihre Interessen über die Interessen der Arbeiter, der wirtschaftlich Schwachen stellen, sie begehen auch noch in jedem Falle die Vertheidigung, diese Unterdrückung und Benachteiligung der Arbeiter mit dem Interesse derselben Arbeiter zu rechtfertigen.

Diese verwerfliche Taktik, deren Unehrlichkeit dem Blödesten erkennbar, wird aber nicht bloß in Parlamenten geübt, sondern auch draußen im alltäglichen Leben. Daß man im Interesse der Arbeiter ihre Vertrauensmänner maßregelt, daß man aus denselben vorgeschützten Gründe die bescheidensten Arbeiterforderungen brutal zurückweist, schlechte Löhne zahlt und dafür in Gestalt von Wasserjuppenanstalten, Arbeiterwohnungen u. sogenannte Wohlfahrts-Einrichtungen schafft, daß man Fabrikordnungen hat, die mehr Strafgesetze sind, daß man alle Arbeitsmaterialien sich bezahlen läßt und zwar theuer bezahlen, daß man für Beleuchtung, Reinigung, Maschinenbenützung, für den geringsten Arbeitsfehler bedeutende Lohnabzüge macht — Alles, jede Ausbeutung und jede Schleichigkeit geschieht nur im „Interesse der Arbeiter“. Wenn das Wort von der „Brunnenvergiftung“ durch sprachliche Falschmünzerei irgendwo mit Recht angewandt werden kann, so dann auf diese Verhältnisse. Die ganze Arbeiterklasse steht unter dem schmerzlichen Druck eines raffinierten Systems „sozialer Brunnenvergiftung“, auf die unzweifelhaft gar manche moralische Schäden der Arbeiterschaft zurückzuführen sind.

In den Unternehmervereinigungen hat man sich an dieses so lange Zeit geübte Gebahren beart gewöhnt, daß man die Taktik mit den dazu gehörigen angeführten Schlagwörtern als etwas gegebenes behandelt und gar nicht erst eine Untersuchung über ihre Zulässigkeit oder Verwerflichkeit anstellt. Dies zeigte sich auch bei der 25jährigen Jubiläumsfeier, welche vor einiger Zeit die bekannte Vereinigung mit dem langen Namen, der „Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen

in Rheinland und Westfalen“ abgehalten hat. Die Festsrede hielt der in den weitesten Arbeiterkreisen amüthlichst bekannte Landtagsabgeordnete Dr. Deumer, der den Verein sowie seine Brodgeber in herrlichster bengalischer Beleuchtung erscheinen ließ und auch über die Stellung dieser so einflußreichen Unternehmerorganisation zu der Arbeiterschutzgesetzgebung sich verbreitete. Er sagte darüber unter Anderem: „Im Uebrigen sprechen die Akten unseres Vereins genügend dafür, ein wie tiefgehendes sozialpolitisches Interesse gerade die rheinisch-westfälische Großindustrie allezeit gezeigt und wie sie sich von vornherein freudig bereit erklärt hat, an der Verwirklichung der kaiserlichen Wohlthat (von 1881) mitzuwirken. Dies war sowohl der Fall auf dem Gebiete der Kranken- und Unfallversicherung, als auch auf demjenigen der Invaliditäts- und Altersversicherung.“ — Es ist selbstverständlich, daß die rheinisch-westfälische Großindustrie an diesen Gesetzgebungsaktionen tiefgehendes sozialpolitisches Interesse genommen hat. Aber es gibt eben zweierlei Sozialpolitik: eine solche für die Interessen des Kapitals — und dies ist selbstverständlich die des Vereins mit dem langen Namen — und eine solche der Arbeit. Ohne diese scharfe und kritische Unterscheidung sollten Sozialdemokraten nie von Sozialpolitik reden. Daß aber die Deumer u. eine solche Unterscheidung nicht machen, liegt ganz im Interesse des Kapitals, das noch immer bei Unklarheit, bei Harmoniedünnelei am Besten gefahren ist, d. h. im Trüben fischen kann. Die Sozialpolitik der rheinisch-westfälischen Großindustriellen in den Fragen der Arbeiterversicherungsgesetzgebung war natürlich die des Kapitals und mit welchem Erfolge sie dieselbe praktizierten, dafür braucht als Beweis nur die schöne Einrichtung der Berufsgenossenschaften für die Unfallversicherung angeführt zu werden.

„Auch bezüglich des Arbeiterschutzes“, sagte sodann Herr Dr. Deumer weiter, „hat der Verein niemals auf dem Standpunkt eines prinzipiellen Widerstrebens gestanden. Er konnte das nur so weniger, als in Bezug auf Arbeitspausen, Sonntagsruhe usw. von jeher das Bestreben in der niederrheinisch-westfälischen Industrie vorhanden war, gerechtfertigt und durchführbare Wünsche der Arbeiter durchaus zu berücksichtigen. Wenn er aber dazu überging, Bedenken gegen manche, über das dem Arbeiter wirklich Mögliche hinausgehende Bestimmungen zu erheben, so that er das im vollen Bewußtsein seiner Pflicht, für den Schutz der deutschen Arbeit in ihrem Verhältniß zum Weltmarkts-Wettbewerb auf der Wacht zu stehen und in erster Linie dem deutschen Arbeiter die Gelegenheit zur Arbeit zu erhalten, ohne die ihm auch die beste sozialpolitische Gesetzgebung nichts nützen kann. Darum wies der Verein seiner Zeit aus bester Kenntniß der Arbeiterverhältnisse darauf hin, daß die Arbeiter selbst eine ihre Erwerbsverhält-

nisse notwendig beeinträchtigende und darum irrationelle gesetzliche Erweiterung des Arbeiterschutzes durchaus nicht wollen, (!) daß sie namentlich davon durchdrungen sind, daß eine zu sehr ausgedehnte Freiheit der jugendlichen Arbeiter nur dazu dienen würde, die ohnehin in großem Umfange hervortretende Zuchtlosigkeit und Vergnügungssucht unserer Jugend noch in bedenklichem Maße zu vermehren, daß weiterhin eine zu große Beschränkung der Frauennarbeit die Lebenshaltung mancher Familien auf das Traurigste beeinflussen würde, daß endlich zu weitgehende Maßnahmen in Bezug auf die Fester der Sonn- und Festtage ihnen zugleich mit der freien Zeit einen Lohnausfall eintragen würden, der durchaus nicht in dem richtigen Verhältniß zum Werthe der ersten stände; denn durch die verkürzte Arbeitszeit wird dem Arbeiter ohne allen Zweifel (!) ein Lohnausfall erwachsen, da dem Arbeitgeber nicht zugemuthet werden kann, für eine verkürzte Arbeitsleistung als Gegenleistung so viel zu zahlen, als er dem Arbeiter bei unverkürzter Arbeitszeit zahlen würde. Die Lohnhöhe ist eine Frage der Konjunktur, der Lohn hängt von der Arbeitsleistung ab, die Arbeitsleistung von der Arbeitszeit (!) und es ist unserer Meinung nach nicht recht, wenn die Freiheit des Arbeiters, zu arbeiten, wenn Gelegenheit dazu vorhanden ist, eingeschränkt wird. Dadurch verkehrt sich die Arbeiterschutzgesetzgebung in das Gegentheil dessen, was sie sein will und sein muß.“

„Auch gegen andere, von Seite des Kathedersozialismus zur sogenannten Verbesserung des Verhältnisses zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber gemachte Vorschläge mußte sich der Verein wenden. Unter ihnen fehre natürlich Hundert Male das Lujo Brentano'sche Loblied auf die englischen Gewerkschaften wieder, die gerade um die Zeit des großen Bergarbeiterausstandes durch die Darstellung eines jungen Gelehrten, des Herrn Dr. v. Schulze-Gävernitz, in einer verführerisch rofigen Beleuchtung geschildert waren. Dies war die nächste Veranlassung dazu, daß im Ausschuß unseres Vereins der Vorschlag gemacht wurde, eine Kommission nach England zum Studium der dortigen Arbeiterverhältnisse zu entsenden. Sie wissen, welches die Ergebnisse jener Studienreise waren. Durch die von uns herausgegebene Schrift wurden zum ersten Male Thatsachen aus den englischen Gewerkschaften klar gestellt, die man bis dahin noch nicht gekannt, weil sie von den englischen Arbeitgebern den sie interessierenden deutschen Professoren wohlweislich verschwiegen worden waren. Wenn ferner in dieser Schrift vorausgesetzt war, daß die neueste Phase des Trades-Unionismus durch den Versuch der Sozialdemokratie gekennzeichnet werde, die Herrschaft in den englischen Gewerkschaften zu gewinnen, so haben die Thatsachen inzwischen vollauf bestätigt. Die englische Sozialdemokratie hat bereits seit 1889 den ihr hauptsächlich von John



Burns empfohlenen Weg beschritten, mit der praktischen Methode, der geschäftlichen Organisation und dem taktischen Verhalten der Trade Unions den Enthusiasmus des Sozialismus zu verbinden und damit den Beweis zu versuchen, — wir gebrauchen hier die eigenen Worte des Herrn John Burns — „daß die organisierte Arbeit in vollem Maße dem Kapitalismus gewachsen ist und daß diejenigen, welche die Arbeit ausbeuten wollen, nur geringe Chancen haben, wenn sie einer festen Vereinigung von Männern gegenüberstehen, die entschlossen sind, ihr Ideal zu verwirklichen.“ Die Vorgänge, welche sich auf dem Gebiete der Trade Unions in England in den letzten Jahren abgespielt haben, haben zur Genüge gezeigt, wie in diesen Körperlichkeiten mehr und mehr das Bestreben der Führer hervorgetreten ist, ihrerseits die Macht in Händen zu haben und eine Tyrannei über den Arbeiter auszuüben, die den letzteren in ein völliges Sklaventhum hineinträgt. Auch daran darf hier erinnert werden, daß das Mitglied der Kommission, Hr. Kommerzienrath Müller, seiner Zeit im Reichstage der Einzige war, der auf Grund seiner Erfahrungen mit den englischen Verhältnissen wirklich Bescheid wußte und das in dieser Körperlichkeit wiederholt vorgeführte Wahngemälde von der „Herbeiführung des sozialen Friedens“ durch die englischen Gewerksvereine gründlich zerriß.

Auch mit der Stellungnahme gegen eine gesetzliche Organisation der Arbeiter glaubt der Verein, die Interessen der Arbeiter zu vertreten. Denn was ist jener Brentano'schen Weisheit letzter Schluß? Professor Menger hat sie trefflich charakterisiert, wenn er meint: „Die Hilfe soll in Verbindungen der Arbeiter liegen, welche unter Ausschließung der Aermsten und der Hilfe Bedürftigsten einer gewissen Arbeiter-Aristokratie die Vorherrschaft einer kleinbürgerlichen Existenz gewähren, den übrigen aber den Existenzkampf geradezu zu einem aussichtslosen machen. Die Schaffung privilegierter Koterien innerhalb der einzelnen Klassen der Bevölkerung — eines bevorzugten numerus clausus — wobei der außerhalb derselben stehenden Bevölkerungsschichten völlig vergessen wird, soll die sozialen Gebrechen der Gegenwart heilen! Und alles Dies wird nicht etwa vom Standpunkte einseitiger Koterien-Interessen, sondern von jenem einer vollständigen Sozialpolitik gefordert! Das Problem, den Schwachen und Entbehrenden gesellschaftliche Hilfe zu bringen, soll durch künstliche Vermehrung derselben und insbesondere dadurch gelöst werden, daß nicht nur der Besitz, sondern auch die Erwerbsgelegenheit bestimmter Koterien innerhalb der einzelnen Gesellschaftsklassen durch eine „positive Gesetzgebung“ überwacht wird, die außerhalb stehenden aber nicht nur die Welt des Besitzes, sondern auch jene des Erwerbes verschlossen finden!“

Im Gegensatz zu dem immerhin arbeiterfreundlichen Brentano redet und lehrt Menger das, was die Deumer und ihre kapitalistischen Stadgeber gerne hören und darum ist der Wiener Professor ihr Mann. Im Uebrigen ist Das, was in vorstehenden Sätzen Menger über die Arbeiterorganisationen und ihre Bestrebungen sagt, so dumm und albernes Zeug, daß nur ein Deumer damit argumentieren kann. Freilich das, wofür Deumer damit argumentiert, ist nicht bloß ebenso dumm und albern, sondern auch im höchsten Grade verwerflich und zu bekämpfen. Hier näher auf diese Verdrehungen und Demagogien einzugehen, liegt kein Grund vor, denn worauf es uns mit der Aufklärung der Deumer'schen Phrasen und Schlagwörter ankommt, ist nur, zu beweisen, daß die Kapitalisten und ihre Handlanger jede Perfidie gegen die Arbeiter mit dem „Interesse der Ar-

beit.“ zu rechtfertigen und zu beschönigen versuchen. Und zu diesem Zweck eignet sich der Deumer'sche Speech ganz gut.

**Das Eigentum in der kapitalistischen Gesellschaft.**

Zu den vielen schönen, angeblich von Gott angeordneten Dingen, welche die sozialdemokratische Arbeiterpartei „abschaffen“ möchte, gehört bekanntlich auch das Eigentum. Staat, Familie, Religion und Eigentum sind die vier allerheiligsten und unantastbaren Einrichtungen der bürgerlichen Gesellschaft, und wer an diesen heiligen Einrichtungen rüttelt, ist ein Feind aller göttlichen Ordnung und muß unschädlich gemacht werden. Wir setzen das Wort „abschaffen“ unter Anführungszeichen, weil keine Partei — und sei sie noch so mächtig — etwas, was lebensfähig ist, abschaffen kann. Erst wenn Einrichtungen durch die Entwicklung überflüssig oder unbrauchbar gemacht worden sind, ist deren Abschaffung möglich und — notwendig. Wenn eine Institution oder Einrichtung ein Hindernis für die Entwicklung geworden ist, macht sich das den Menschen, die darunter leiden, störend fühlbar und eben darum bei ihnen auch das Bestreben geltend, diese Einrichtung abzuschaffen. Derartige Konflikte zwischen Institutionen und den Menschen kommen aber in Form des Klassenkampfes zum Ausdruck. Der Theil der Gesellschaft, der an dem Fortbestande der betreffenden Institution interessiert ist, sucht diejenigen, die das entgegengesetzte Interesse haben, unschädlich zu machen, und dies geschieht in einer Weise, die dem jeweiligen Kulturzustand eines Volkes entspricht. Wenn die Menschen heutzutage sich nicht mehr gegenseitig verbrennen, so nur deswegen, weil diese Kampfweise dem Rechtsgesühl der Massen widerspricht. Aber der Kampf wird trotzdem auch heute noch mit viel zu viel Barbarei geführt, als daß man sagen könnte, die Zivilisation mache sich darin allzu sehr geltend. Gerade dort, wo das Eigentum in Frage kommt, wird der Kampf am barbarischsten geführt. Wo die Bourgeoisie um ihr „Eigentum“ fürchten zu müssen glaubt, da vergißt sie ihre „noble Erziehung“ und wird zur wüthenden Bestie; wir brauchen nur an die Unterdrückung der Kommune zu denken.

Aber was ist Eigentum in der kapitalistischen Gesellschaft? Das Wort „Eigentum“ bezeichnet wie die Worte „Familie“, „Religion“ Einrichtungen, die in früheren Jahrhunderten den Verhältnissen entsprechende waren, heute aber hat die wirtschaftliche Entwicklung diese Einrichtungen überholt und sie ihres materiellen Fundaments beraubt. Wie weit dies bei der Familie und der Religion zutrifft, werden wir ein andermal sehen, heute wollen wir das „Eigentum“ aus etwas näher betrachten.

Unter Eigentum versteht das Volk etwas Selbsterworbenes, Dinge, die man durch eigene Arbeit, höchstens durch Mithilfe eines Gehilfen oder Lehrlings hervorgebracht hat. Dieser Eigentumsbegriff entspricht genau der kleinbürgerlichen Organisation der Gesellschaft, die ihre materielle Grundlage in der kleinen Werkstätte des Sebatter Schneider oder Handschuhmacher hatte. Alles, was in der Werkstätte war und Alles, was darin erzeugt wurde, gehörte — insofern das Rohmaterial nicht durch die Handlung gelieferet wurde, dem Meister oder Inhaber der Werkstätte. In nennenswerten Fällen von hundert gehörte das Haus, in welchem die Werkstätte sich befand, ebenfalls dem Meister. Der Geselle war entweder der Sohn des Hauses oder der Sohn eines anderen Kleinmeisters; der Geselle von heute war der Meister von morgen. Jeder Staatsbürger oder Untertan hatte „Eigen-

thum“, und das Eigentum war selbst erworbenes Gut. Diese Eigentums-einrichtung fand auch ihren entsprechenden Ausdruck im Gesetze. Der Begriff „Mein und Dein“ entsprach genau diesen Einrichtungen.

Sehen wir nun das moderne kapitalistische Eigentum an. An Stelle des Meisters ist der Werkführer getreten, der, wie die Arbeiter selbst, nicht für eigene Rechnung, sondern für einen fremden Dritten arbeitet. Das Produkt gehört nicht den Arbeitern, sondern dem unsichtbaren Herrn, der in den meisten Fällen eine Aktiengesellschaft ist. An die Stelle des Gehilfen ist eine ganze Gesellschaft von Arbeitern getreten, die nach einem von der Wissenschaft festgestellten Plan arbeiten. An die Stelle der Einzelarbeit ist die kombinierte gesellschaftliche Arbeit getreten, wofür eine moderne Eisen- oder Stahlhütte das beste Muster abgibt. Wie großartig ist da die Arbeit organisiert, wie planmäßig greift die Aktion der einen Arbeitergruppe in die der anderen Arbeitsgruppe ein! Und das Produkt dieser gesellschaftlichen Arbeit ist im Verhältnis zum Produkt des „Meisters“ ebenso riesig, wie die Arbeit der organisierten Arbeiter-Gesellschaft in der Fabrik im Verhältnis zur Arbeit in der Werkstätte gigantisch ist. Was will der Kleinschmied, der mit einem Zwerghammer das glühende Eisenstäbchen auf einem ebenso zwerghaften Amboss schmiedet, gegen die moderne Arbeiter-Korporation ausrichten, die den gewaltigen Dampfhammer zur Verfügung hat. Das Produkt der modernen Stahlhütte mit ihrem Dampfhammer und ihrer Eisenwalze ist die Eisenbahnschiene, das Eisenrad, die Eisenachse. Es gibt keinen überwältigenderen Anblick, als wenn der Dampfhammer mit unbeschreiblicher Gewalt auf einen glühenden Eisen- oder Stahlblock niederfaßt und die Eisenmasse ebenso leicht knetet wie die Köchin den Teig. Die Eisenmassen, die mit Hilfe des Dampfhammers bearbeitet werden, bilden das Material, aus welchem unsere Eisenbahnen gebaut, unsere modernen Maschinen konstruiert werden. Gegen diesen gewaltigen Mechanismus nimmt sich die Kleinwerkstätte aus wie die armeelige Bauernhütte gegen den großstädtischen Palast, wie die alte Postkutsche mit ihren Pferden gegen den Eisenbahnzug mit seiner Lokomotive.

Der Begriff von „Mein und Dein“ verliert angesichts dieser modernen Erzeugnisse gesellschaftlicher Arbeit vollständig seinen Sinn. Wenn gehört die Eisenbahn mit ihren vielen Hunderten Waggons und Lokomotiven? Wer kann sagen, „das Alles habe ich gemacht, es gehört mir?“ Niemand! Die Eisenbahn gehört nicht einem Einzelnen, sie gehört dem Staate, oder einer ganzen Gesellschaft von Aktionären, die eben nur die Aktien, aber nicht die Eisenbahn besitzen. In dem Augenblick, wo der Aktionär die Aktie verliert, hört er auch auf, Eigentümer der betreffenden Eisenbahn zu sein. Wer kann andererseits sagen, diese Maschine, diese Fabrik, diese Lokomotive, diesen Wagon habe ich gemacht? Niemand; denn alle diese Dinge sind das Produkt einer kombinierten gesellschaftlichen Arbeit von vielen Tausenden von Arbeitskräften nicht nur eines Landes, sondern aller Länder der zivilisierten Welt.

Angesichts dieser großartigen Umwälzung in den Produktionsbedingungen ist es einfach lächerlich, von „Mein und Dein“ im alten Sinne zu sprechen; und dennoch ist der ganze kapitalistische Apparat, den man Staat nennt, nur dazu da, um darüber zu wachen, daß das heilige Eigentum nicht verletzt wird. Aber mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktion werden diejenigen, die Eigentum besitzen, immer weniger und diejenigen, die nichts besitzen, immer

mehr. Das Eigentum hat für die ungeheure Mehrzahl der Menschen zu existieren aufgehört, und selbst diejenigen, denen es gehört, besitzen nur den Titel darauf, eine Anweisung, daß so und so viel davon ihnen gehört.

Die Sozialdemokratie hat daher die Logik der Weltgeschichte für sich, wenn sie die Anpassung der Eigentums-einrichtungen an die moderne Produktion anstrebt; ist die Produktion gesellschaftlich, soll auch das Eigentum gesellschaftlich sein. In der Wirklichkeit ist es ja auch heute schon gesellschaftlich, nur gehören der „Gesellschaft“, die Eigentümerin der Güter ist, lauter Kapitalisten und gar keine Arbeiter an. Die Sozialisten wollen nun die Gesellschaft ein wenig umändern und an Stelle der Kapitalisten die Arbeiter setzen; was dem Einen recht, muß dem Anderen billig sein.

**Zur Lage der Ahrenindustrie in Schweningen.**

(Aus der „Schwäbischen Tagwacht“.)

Auf der Metallarbeiterkonferenz in Stuttgart am 20. September ds. Js. wurde von den einzelnen Delegierten über die Arbeitsverhältnisse ihrer Orte Bericht erstattet. Die Berichte von Schramberg und Schweningen, die von der „Frankf. Btg.“ abgedruckt wurden, erregten den Unwillen der Schweningener Fabrikanten; sie forderten deshalb die „Frankf. Btg.“ auf, einen Vertreter nach dort zu senden, der die Verhältnisse selbst in Augenschein nehmen sollte. Dieselbe sandte ihren Stuttgarter Korrespondenten, Herrn Dr. Saul, welcher ohne Wissen der Arbeiter die Fabriken besichtigte, auch einen Blick in die Lohnlisten warf und den Fabrikanten, welche ihm die Lage der Arbeiter im rosigsten Lichte darstellten, Glanbenschenke und die ihm solcherart gebrachten Ansichten als den Thatsachen entsprechend seiner Auftraggeberin berichtete.

Den Arbeitern stehen zur Konstatierung der Durchschnittslöhne die Mittel nicht zur Verfügung wie den Fabrikanten, es würde uns deshalb freuen, wenn der Vertrauensmann der Unfallversicherung, Herr H. Dürl, die diesbezüglichen Zahlen, wie er sie wohl Herrn Dr. Saul angegeben und schon früher einmal veröffentlicht, alljährlich veröffentlicht würde. Der Schweningener Delegierte hat auf der Konferenz die Löhne mit 13—15 M. angegeben, damit war selbstredend der Durchschnitt gemeint. Nach der Berechnung in der „Frankf. Btg.“ soll der Durchschnittslohn pro Tag M 2,61 betragen. Wenn man nun in Betracht zieht, daß da die hohen Löhne der Werkführer, welche bis zu M 60 Wochenlohn beziehen und der sogenannten Kompagnieführer mitberechnet sind, dagegen das, was die Arbeiter für Material und Kleinwerkzeug bezahlen müssen aber nicht abgerechnet wurde, so wird die Angabe des Delegierten den Angaben mehr entsprechen, als die der Fabrikanten. Wenn ferner die wegen jeder Kleinigkeit verhängten Strafen in Betracht gezogen werden, so steht fest, daß mehr als zwei Drittel der Arbeiter weniger als M 15 Wochenlohn beziehen. Nach Berechnung der Fabrikanten beträgt der tägliche Durchschnittslohn eines Arbeiters 4,725, der jugendlichen männlichen 1,275, der jugendlichen weiblichen 0,887, der männlichen 2,841, der weiblichen 1,535 M, es verdienen also diese fünf Personen 11,263 M pro Tag, das macht im Durchschnitt 2,25 M, nicht 2,61 M wie die Herren gerechnet haben.

Sehr bezeichnend ist es, daß unter 1204 Arbeitern 100 Vorarbeiter sind mit je einem Durchschnittslohn von 4,72 M. Die Löhne der Maderdreher sind in Fabrik und Hausindustrie gleich, aber von der Hausindustrie, namentlich



auf dem Heuberg, so herabgedrückt, daß kaum noch der dritte Theil von dem bezahlt wird, was noch vor etwa 10 Jahren bezahlt wurde. Ueberhaupt fast alle Arbeiter, welche aus der Fabrik gegeben werden, so namentlich das „Spindelsteden“, sind so bezahlt, daß das Essen nicht dabei verdient werden kann; man sagt hier von diesen Arbeitern: „Es ist besser, man thut gleich gar nichts, dann weiß man, daß man nichts hat.“

Noch einmal auf den Durchschnittslohn zurückkommend, wollen wir noch erwähnen, daß die meisten Werkführer 52 volle Wochenlöhne erhalten, während die Arbeiter durch Erntevakanz, Inventuren, Kesselputzen und andere Störungen viele Unterbrechungen haben; das gibt nach der Rechnungsart der Herren auch einen höheren Durchschnittslohn. Ein Werkführer erhält jährlich 3100 M., das sind drei Durchschnittslöhne. Eine weitere Anzahl bezieht 2000—3000 M. pro Jahr.

Lehrlingszuchterei kommt vor in einigen mechanischen Werkstätten. Nicht und verschiedenes Material und Werkzeug muß bis jetzt in einigen Fabriken von den Arbeitern gestellt werden; daß das nicht in allen Fabriken geschieht, beweist, daß es überhaupt nicht notwendig ist. Wenn die Fabrikanten erklären, es sei nur deshalb, daß weniger verbraucht werde, so lassen wir das nicht gelten; warum bestimmen sie denn nicht ein Maximum und rechnen dem Arbeiter nur den Mehrbedarf an? Doch nur weil sie denken, gar nichts zu bezahlen sei besser für sie. Es wäre wünschenswert, wenn sich der Herr Fabrikinspektor der Sache annehmen und nachsehen wollte, was die Fabrikanten für diese Artikel bezahlen und wie dieselben den Arbeitern angerechnet werden.

Die Fabrikanten sagen, der Arbeiter könne kaufen, wo er will, „man sieht es aber gerne“, wenn er in der Fabrik kauft, wo nur zum Selbstkostenpreis verkauft wird. Das glaube, wer will! Es wird z. B. in einer Uhrenfabrik Schreiner die Pfund abgekochter, also mit Wasser verdünnter Leim für 35 S, ein Bogen Glaspapier für 3 M an die Arbeiter abgegeben. Fachleute werden hieraus ersehen, wie es mit dem Selbstkostenpreis der Waaren bei den Herren steht. Die Werkzeuge der Metallarbeiter sind so verschieden, daß wir keinen Preis anführen können. Die betreffenden Arbeiter sagen, sie erhalten beim Detailisten bessere oder mindestens ebenso gute Waare zu den gleichen Preisen, und der will doch auch daran verdienen! Die Arbeiter sind so pessimistisch geworden, daß sie überzeugt sind, sie müssen auch das elektrische Licht bezahlen, wenn nicht direkt, so doch indirekt durch Lohnabzüge.

Die Lebensmittelpreise sind hier so hoch, zum Theil noch höher als in jeder größeren Stadt. Der landwirtschaftliche Nebenbetrieb ist nur von Nutzen, wenn der Arbeiter genügend Angehörige hat, welche die Arbeit verrichten, andernfalls kommen immer mehr zur Ueberzeugung, daß das selbstgebaute Brod theurer sei als das gekaufte. Es ist richtig, wenn Herr Saul sagt, viele Arbeiter ziehen ein Schwein auf, viele sogar zwei, er hat aber übersehen, daß das Schlachten und Verzehren gewöhnlich Andere besorgen, denn wenn die Schweine gemästet sind, müssen sie verkauft werden, um den Erlös zu anderen notwendigen Bedürfnissen verwenden zu können.

Was die Wohnungsverhältnisse anbetrifft, so empfehlen wir eine genaue Wohnungsstatistik; da werden grauenhafte Zustände sich vorfinden als in jeder Großstadt. Eine Wohnung, bestehend aus einem Zimmer und Küche, kostet 90 bis 130 M im Jahr und in solchen Wohnungen befindet sich der größte Theil der Arbeiterfamilien. Eine Wohnung mit zwei Zimmern und eigener Küche kostet 200 M, das ist für

Arbeiter mit 780 M Jahreseinkommen ein hoher Betrag. Mangel, hauptsächlich an kleineren Wohnungen, ist durch das rapide Anwachsen der Bevölkerung immer vorhanden. Das führte zur Spekulation mit Arbeiterhäuschen. Ein solches, bestehend aus zwei Zimmern und einer Küche, kostet 3500 bis 4500 M; ein zweistöckiges mit vier Zimmern und zwei Küchen 6000 M. Die Arbeiter kaufen solche Häuser; aber daß sie dieselben in Jahreszielen abzahlen, das ist Gesuntes. Ein Blick in das Pfandbuch auf dem Rathhaus würde Herrn Dr. Saul überzeugen haben, wer die eigentlichen Besitzer der Arbeiterhäuser sind. Außer den Vorarbeitern mit 4,70 Durchschnittslohn sind die Meisten froh, wenn sie den Jahreszins ansbringen. Bald genug werden sich diese Häuser als eine Kugel am Bein vieler Arbeiter fühlbar machen.

Einen besonders großen Wären ließ sich Dr. Saul damit aufbinden, daß die Arbeiter vom Oktober 1895 bis 1896 107 696 Spareinlagen gemacht hätten. Wir hätten nicht geglaubt, daß ein alter Journalist solche Angaben ernst nehmen könnte. Glaubt Herr Dr. Saul, daß 1204 Arbeiter mit je 750 Durchschnittseinkommen alljährlich 50 neue Häuser kaufen, dieselben in Jahreszielen abzahlen und außerdem noch 107 696 in die Sparkasse einlegen können? Derartige Kunstleistungen dürften selbst dem Dr. Saul schwer fallen, der für sich ein Einkommen beansprucht, von dem in Schwenningen vielleicht 5—8 Familien von 20—30 Köpfen leben müssen, was dann der Herr Doktor noch als einen „bescheidenen Wohlstand“ bezeichnet. Vor Allem hätte sich Herr Dr. Saul auch erkundigen sollen, wie viel im gleichen Zeitraum aus der Sparkasse zurückgezogen wurde. Viele Arbeiter machen das Jahr durch Spareinlagen und holen das Geld wieder, wenn der Termin für den Hauszins kommt. Auch könnte Herr Dr. Saul wissen, daß viele Münbelgelber in die Landesparkasse gelegt werden.

„Daß die Entwicklung der Großindustrie im kapitalistischen Staat, d. h. auf dem Boden der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung, zur Massenarmuth führt“, ist eine Thatsache und kein von einer orthodoxen oder liberalen Sozialdemokratie verfochtenes Dogma. Ferner ist es eine Thatsache, daß die Großindustrie den Handwerkerstand ruiniert, ja zum Theil schon ruiniert hat. Das Handwerk mit seinen veralteten Einrichtungen war nicht im Stande, den Reichthum zu erzeugen, den die Großindustrie schafft, deshalb wird es abgelöst. Aber Zustände herbeizuführen, unter denen der Reichthum, den die Großindustrie erzeugt, allen Menschen zu Gute kommt, bleibt der Sozialdemokratie vorbehalten. Daß die „soziale Demokratie“, wie die „Frf. Ztg.“ die Volkspartei in letzter Zeit umtaufen möchte, keinen Willen dazu hat, beweist wieder Dr. Saul, indem er die hiesigen Arbeitsverhältnisse für befriedigende erklärt.

Die Fabrikanten erklärten, sie beschäftigten nur Arbeiterinnen wegen Mangel an Arbeitern und weil sich dieselben zu bestimmten Arbeiten besser qualifizieren. Das ist pure Heuchelei! Warum bezahlen die Unternehmer die Arbeiterinnen nicht wie die männlichen, wenn sie sich besser qualifizieren? Wenn irgendwo Arbeiter gebraucht werden, bieten sich immer mehr an, als gebraucht werden; es ist stehende Lebensart bei den Fabrikanten ihren Arbeitern gegenüber: „Wenn es Dir nicht gefällt, so kommst Du gehen, wir erhalten genügend Andere.“

Daran, daß der Verdienst der Arbeiter nicht schon tief gesunken ist, sind die Fabrikanten wahrlich nicht schuld, denn die Akkord-, resp. Stücklöhne werden fortwährend gekürzt, nur die immer größere Anstrengung und Ueignung größerer Fertigkeit der Arbeiter hat es

vermocht, daß der Lohn nicht zu tief gesunken ist. Dabei kommt noch in Betracht, daß unsere Großindustrie noch nie eine Krise durchgemacht hat, sondern immer mehr anwächst, da müssen die gut qualifizierten Arbeiter ordentlich bezahlt werden, weil sie reichlich Arbeitsgelegenheit haben.

Betrachten wir uns nun einmal die Lage der Fabrikanten. Zuerst die größte Fabrik, die der Firma Fr. Mauthe. Dieselbe wurde Ende der sechziger Jahre gegründet mit einem Kapital von 100 bis 200 000 M. Heute haben die beiden Besitzer einen jährlichen Reingewinn von 300 bis 400 000 M und ein Vermögen von zirka sechs Millionen Mark. Die zweitgrößte ist die der Firma Thomas & Haller. Dieselbe wurde vor 14 Jahren von vier Brüdern gegründet mit einem Kapital von 80 bis 100 000 M; heute ist ihr Umsatz und Reingewinn nicht viel kleiner als bei der Firma Mauthe.

Die dritte Fabrik wurde von Schlenker & Klenzle vor 13 Jahren gegründet mit 120 000 M Kapital. Der Reingewinn der beiden Besitzer betrug im letzten Jahre 90 000 M, das in den 13 Jahren erworbene Vermögen beträgt über eine Million Mark. Die kleineren machen verhältnismäßig ebenso riesige Fortschritte. Diese Herren könnten mit ihrer Lage wohl zufrieden sein, sind es aber dennoch nicht; sie führen mit ihren Arbeitern einen täglichen Krieg um halbe und viertel Pfennige. Nur die Besitzer der Württembergischen Uhrenfabrik, J. Bürl Söhne, bilden hier wie in verschiedenen anderen Punkten eine rühmliche Ausnahme. Erwähnen wollen wir noch eins. Wenn Dr. Saul das frische, gesunde Aussehen der Arbeiter hervorhebt, so hat er eben dieselben durch eine andere Brille angesehen als jener Major, welcher bei der Kontrollerversammlung sein Erstaunen ausdrückte über das bleiche Aussehen der Angetretenen und zu dem mitangetretenen Fabrikanten J. Haller sagte, er sehe allerdings besser aus.

Wir hoffen, die „Frankfurter Zeitung“ wird auch diesen Artikel zum Abdruck bringen, ebenso die „Reckartquelle“ und der „Neue Altbote“.

Schwenningen. Veritas.

„Fabrikantensorgen.“

Unter diesem Titel hat der durch sein wohlgelegenes Achtstundentagsexperiment und durch seine Wohlfahrtsrichtungen wohlbekannte Berliner Salonfabrikant G. Freese die von ihm in dem kürzlich stattgefundenen nationalökonomischen Lehrkursus des evangelisch-sozialen Kongresses gehaltenen 5 Vorträge über „Die Arbeiter im Großbetriebe“ als Broschüre veröffentlicht und dieselben damit der weiteren Beurteilung zugänglich gemacht. Und sie verdienen es wirklich, in weiteren Kreisen bekannt zu werden, nicht bloß in Unternehmerkreisen, an welche sich die Freese'sche Publikation allein wendet, sondern auch in den Kreisen und in der Presse der Arbeiter, trotz der unüberbrückbaren Kluft, die zwischen Herrn Freese's Anschauungen und dem Klassenstandpunkte der Arbeiter besteht. Denn die selten freimüthige und treffende Kritik, die der Verfasser an der heutigen Unternehmerpraxis und -taktik übt, und die selten rücksichtslose Anerkennung der meisten sonst so arg bescholtenen Arbeiterforderungen sichern der Schrift jedenfalls eine weit wohlwollendere Aufnahme in Arbeiterkreisen, als bei den Berufsgeoffenen des Verfassers.

Mag Herr Freese den Titel seiner Schrift, welche in 5 Abschnitten die Förderung der Arbeiterdurchgesetzgebung, die Durchführung des Achtstundentages, die Förderung der Arbeiterausbildung und Wohlfahrtsrichtungen unter Selbstverwaltung der Arbeiter, die Einführung der Gewinnbeteiligung und die Arbeiter-

wohnungsfrage im Sinne der Unabhängigkeit der Arbeiter behandelt, mit voller ehrlicher Ueberzeugung gewählt haben, — so glaubt es ihm doch Niemand, daß die darin gelährten Probleme und Aufgaben wirklich zu den „Sorgen“ auch nur eines größeren Kreises von Unternehmern zählen, wenigstens nicht in der von ihm behandelten Richtung, sondern höchstens als Sorge vor diesen Aufgaben und den darin erträumten Interessengefahren.

Auf die weitaus größte Unternehmerrmehrheit bezogen, kann uns der obige Titel höchstens als nicht gewollte Persiflage erscheinen, und er, wie auch der Inhalt der Schrift wird dort unangenehm und peinlich genug berühren und jedenfalls auch die scharfe Abwehr der kapitalistischen Presse herausfordern, während er uns einen selten erfreulichen Genuß bereitet hat.

Trotz seiner scharfen Kritik des Unternehmertums und seiner Anerkennung zahlreicher Arbeiterforderungen verleugnet Herr Freese keinen Augenblick den Unternehmerstandpunkt und er kennzeichnet denselben auch dort mit aller wünschenswerthen Deutlichkeit, wo er den Arbeitern sehr weit entgegenkommt. Der Vorwurf „verkappter Sozialist“, den ihm die Unternehmerpresse höchst wahrscheinlich anhängen wird, wäre also nichts weniger als berechtigt. Ebenso klar und schlagend verteidigt er freilich auch die ihm berechtigt blühenden Arbeiterklagen und -Forderungen und äußerst wohlthuend berührt uns dabei die nicht allzu oft geübte Sachlichkeit, mit der er auch den absprechendsten und schärfsten Besprechungen seiner Grundzüge durch die Sozialdemokratie Raum gibt. So verkörpert Herr Freese jenen heute so dünn gesäten Theil des Bürger- und Unternehmertums, der über dem nächsten Eigeninteresse nicht auch das Denken und Empfinden und die Rechte und natürlichen Forderungen seiner zufällig in untergeordneter Stellung befindlichen Mitbürger vergißt und sich in ehrlichem Streben bemüht, die widerstreitenden Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu völliger Eintracht und Harmonie auszugleichen. Mag dieses Prinzip verfehlt und dieses Streben ergebnislos sein, so ist es Herrn F. wenigstens Ernst damit, und ein solcher Mann kann konsequenter Weise kein Sozialdemokrat und Vertreter des Klassenkampfes sein. Noch weiter ist er aber von jenen Sozialpolitikern entfernt, die mit den töneuden Schlagworten von Friede und Harmonie die Arbeiter zu bevormunden und für Unternehmerinteressen einzufangen trachten, und gegen die sich die Freese'sche Schrift mit sarkastischer Schärfe wendet. Deshalb können wir den Verfasser wegen seiner ehrlichen Grundzüge und deren männlicher Vertretung sehr hoch achten, ohne diese Hochachtung auch zugleich auf seine ihm meist sehr unähnlichen Klassengenossen zu übertragen, und wir können auch wohl in die Lage gerathen, ihn scharf zu bekämpfen, sobald er trotzdem mit weitergehenden Arbeiterforderungen in Konflikt gerathen oder sich im Wahlkampf mit seinen Berufsgeoffenen politisch identifizieren würde. Denn in allen diesen Dingen sind die Arbeiter eben gewöhnt, ihre eigene Meinung zu behalten und diese mit aller Entschiedenheit zur Geltung zu bringen, und wir glauben nicht, daß selbst Herr Freese mit seiner sehr achtungswerthen Praxis auch nur einen seiner überzeugten sozialdemokratischen Arbeiter zu seinen Anschauungen hat bekehren können.

In seinem ersten Abschnitte behandelt Herr Freese die Arbeiterdurchgesetzgebung als die erste Sorge des modernen Industriellen. Er kommt dabei zur Folgerung, daß deren Ziel in der weiteren Ausdehnung derselben, zunächst auf die Hausindustrie und sodann auf die Herstellung eines Maximalarbeitstages auch



für die erwachsenen männlichen Arbeiter zu suchen sei, wobei der minderen Leistungsfähigkeit und der Eigenschüchlichkeit des Handwerks durch eine Stunde Mehrbewilligung Rechnung getragen werden könnte. Auch die Beschäftigung der verheirateten Frau werde mit Recht eine weitere Einschränkung erfahren und zwar durchaus nicht zum Nachtheile der Industrie. Es müsse verhindert werden, daß im Gewerbebetriebe die Personen überanstrengt würden, die nicht arbeiten sollten, und dadurch die arbeitslos gemacht würden, die arbeiten sollten und wollen. Die deutsche Industrie könne diesen Ansprüchen gerecht werden, ohne unterzugehen und sie werde ihnen nachkommen, ohne Schaden zu leiden. Zunächst freilich müssen die Unternehmer meistens noch gezwungen werden, auch nur den schon bestehenden Arbeiterschutz zu respektieren, und was den guten Willen für weitere Schutzmaßnahmen anbelangt, so werden sie Herrn Freese schwerlich als ihren Gutachter anerkennen. Die Arbeiterversicherungen lobt Herr Freese über den grünen Klee, ohne sich freilich auch deren erheblichen Mängeln zu verschließen. So kritisiert er namentlich den Ausschluss der Arbeiter von den Unfall-Versicherungsgesellschaften und den Zwang, sich in die Behandlung der verunglückten Rentenquerschnitten zu fügen, und erkennt die Klagen der Arbeiter als berechtigt an; ebenso erscheine die Forderung bei der Invaliditätsversicherung, die Rente schon bei der Verminderung des Einkommens auf die Hälfte des ursprünglichen Tagelohns zu gewähren, nicht unbillig. Auch für die Herabsetzung der Altersgrenze bezügl. des Altersrentenbezugs auf das 60. Jahr plaidiert er; man müsse allerdings dann darauf verzichten, die Ueberschüsse der städtischen Anstalten für die ländlichen Anstalten nutzbar zu machen. Eine solche Ausgleichung, die lediglich nur agrarische Interessen berührt, liegt uns so wie so fern, wenn auch die Reichsregierung eine solche beabsichtigt; aber auch die Herabsetzung der Altersgrenze hat ihren agrarischen Charakter, wie die Verhandlungen des Gothaer Parteitages erhellten, und es wäre deshalb eine Erleichterung des Bezugs der Subsidienrente für die Industriearbeiter vorzuziehen.

Auch die Gewerbegerichte nennt der Verfasser einen bedeutsamen Schritt der Sozialgesetzgebung, und er hält den Klagen darüber, daß ihre Einnahmen zu den Kosten in gar keinem Verhältnisse ständen, die Wahrheit entgegen, „daß das Vertrauen, das diese Institution in so wenigen Jahren im Volke erworben habe, überhaupt nicht in Geld zu schätzen sei.“ Dagegen sieht er ihrer Wirksamkeit als Einigungsämter ebenfalls sehr zweifelnd gegenüber, da ihr Urtheil hier immer nur den Werth wohlmeinender Rathschläge habe. Ueber den Ausgang der Berliner Einigungsverhandlungen bezüglich der Kämpfe in der Konfektionsbranche sagt er sein Urtheil dahin zusammen: „Es hat sich hier das gleiche wiederholt, was leider auch frühere Beobachter konstatiren mußten, daß die Ausgaben der Arbeiter über Lohnhöhe, Arbeitszeiten etc. sich durchweg als zuverlässig erwieisen, während dies bei den Angaben der Arbeitgeber weit weniger der Fall war. Auf welcher Seite hiernach bei ausbrechenden Arbeitseinstellungen von vorn herein das meiste Recht gesucht wird und zu suchen ist, ergibt sich hieraus von selbst.“ Er hält dafür, für die Einigungspraxis andere Formen zu finden, um solche Differenzen im eigenen Interesse zu schlichten, nämlich durch Förderung der Arbeiterausschüsse und Regelung des Beschwerdewegs.

Grundsätzlich des Achtstundentages ist keine Stellungnahme bereits bekannt. Er hält denselben für durchführbar und für geboten, allerdings nicht eher, als

bis sich der Neunstundentag bewährt habe, der ebenfalls einer Vorbereitung durch den Zehnstundentag bedürfe. Diese stufenweise Reform deckt sich vollständig mit dem sozialdemokratischen Antrag bei der Beratung der 1891er Gewerbenovelle. Der Frage eines internationalen Arbeiterschutzes siehe er als Praktiker skeptisch gegenüber, da derselbe mit unüberwindlichen Schwierigkeiten zu rechnen habe. Dabei erklärt sich Freese aber mit erfreulicher Offenheit für die Stücklohnung, da diese allein die volle Leistungsfähigkeit der Betriebe aufrecht erhalten könne. Was die Akkordarbeit in Arbeiterkreisen vielfach verhaßt gemacht habe, sei nicht diese Lohnform selbst, sondern die Art ihrer Handhabung, vor Allem die willkürlichen Herabsetzungen der Stücklohne, die durch feste Preise mit mehrjähriger Dauer zu vermeiden sei. Er gesteht es offen zu, daß er ohne den Umstand, daß in seiner Fabrik durchweg auf Akkord gearbeitet werde, sich nicht so leicht zur Einführung des Achtstundentages entschlossen hätte. Die Aufrechterhaltung der Akkordtarife hätte ihm jede Mehrausgabe und die verkürzte Arbeitszeit außerdem noch an Heizung und Beleuchtung gespart. Dagegen habe er den auf Zeitlohn beschäftigten Hilfsarbeitern die bisherigen Löhne weiter garantiert, in der Erwartung, daß ein Produktionsausfall trotz verkürzter Arbeitszeit nicht eintrete, diese Annahme habe sich bestätigt. Dieses Zugeständniß bestätigt zugleich auch unsere frühere Behauptung, daß unter der Herrschaft des Stücklohnes der Arbeiter für die Kosten der Arbeitszeitverkürzung selber aufzukommen habe und seinen Unternehmer noch dazu mit erheblichen Ersparnissen belohne. Es zeigt dies auch, daß man auch im Unternehmerinteresse sehr wohl für Arbeiterschutzreformen schwärmen kann. Wir sind freilich verstockt genug, uns durch Herrn Freese's Belehrungen in unserer Meinung über die Stückerarbeit nicht im Mindesten erschüttern zu lassen, und wenn wir auch in festen Larisätzen gewisse Vorzüge nicht verkennen, so sind doch die wenigsten Unternehmer Engel oder Freese's, und wir haben deshalb nach wie vor an der entschiedensten Bekämpfung dieser Lohnform fest.

Zu der Auffassung der Wohlfahrts-einrichtungen unterscheidet sich Herr Freese insofern recht vortheilhaft von seinen Klassengenossen, daß er auch für diese die völlige Selbstverwaltung der Arbeiter fordert und selbst anerkennt. Er ist deshalb auch ein eifriger Befürworter der Arbeiterausschüsse, denen er diese Verwaltungsbefugnisse anvertrauen will, und geißelt scharf und treffend die von den Unternehmern im Allgemeinen geübte Besorragung der Arbeiter, die ein ausgeprochenes oder unausgesprochenes Mißtrauen gegen die Fähigkeiten der Arbeiter verjähle, und die in dem gleichen Mißtrauen der Arbeiter gegen die uneigennütigen Absichten der Unternehmer eine nicht unbedeutende Antwort erhielt. Solche Wohlfahrts-einrichtungen seien dann thätigkeitslose Spenden und Almosen, welche die materielle Lage der Arbeiter wohl verbessern (?), aber zugleich ihre Abhängigkeit von dem Unternehmer vergrößern. Grundsätzlich der Arbeiterausschüsse kritisiert er scharf den Unterdrückungsgeist, der sich in der bekannten Gegenrevolution der Sozialindustriellen und des Zentralverbandes deutscher Fabrikrieller gegen jede Anbahnung oder bloße Aeußerung der Arbeiter zur Fabrikordnung und in deren einseitiger Auffassung des Arbeitsvertragsrechtes ausdrücke. Man werde dabei an die Worte Niccolò Machiavelli's erinnert, daß das Streben des Volkes immer viel christlicher sei, als das der Großen, denn die Großen wollten das Volk unterdrücken, das Volk aber wolle nur nicht unterdrückt sein! Ebenfalls verurtheilt er das Bestreben vieler

Unternehmer, den Arbeiterauschuss zu einer Art Fabrikpolizei zu machen; dagegen will er ihm betreffs der Beschwerdeführung weitgehende Befugnisse zugetheilt wissen. Wir gestehen gern, daß in großen Fabriken Arbeiterausschüsse in dieser Auffassung und mit derartigen Rechten ausgestattet, manches Gute und Nützliche wirken können und daß auch bei vielen der gerühmten Wohlfahrts-einrichtungen Manches an ihrer Bedenklichkeit und verletzenden Schärfe gemildert werden könnte, wenn man sie der Selbstverwaltung der Arbeiter überlasse, ohne deshalb in das Lob dieser Einrichtungen einzustimmen oder von ihnen irgend welche große soziale Wirkungen zu erwarten.

Im Weiteren behandelt Herr Freese das System der Gewinnbetheiligung, das er als die idealste Lohnform preist und darin das wirksamste Mittel zur Veröhnung zwischen Arbeitgeber und Arbeiter und eines der wirksamsten zurhebung der Lage der arbeitenden Klasse erblickt. Erörtert dieses System sowohl historisch als auch in seiner praktischen Ausführung und vertheidigt dasselbe gegen die verschiedensten Angriffe und Einwände, dabei auch gegen ähnliche Experimente, die sich mit diesem Namen schmückten, aber den kapitalistischen Pferversuß recht deutlich zur Schau trügen. Wie bei Allen, so hilft auch hier Herr Freese seine weit idealere Auffassungsweise über alle Bedenklichkeiten hinweg. Das ist natürlich in diesem Einzelfalle doppelt anerkenntenswerth, kann uns aber nicht in unserer sonstigen Stellungnahme zu dieser Lohnform beirren. Ebenso haben wir auch nach wie vor unsere eigene Meinung über die Motive, nach denen zumeist diese Experimente eingeführt werden. Wir betrachten das Partnershipsystem als eine Lohnform zur künstlichen Verschleierung der kapitalistischen Ausbeutung der Arbeiter und zu ihrer Fesselung an den Einzelbetrieb, wenn nicht gar Schlimmeres, nämlich eine systematische Steigerung der Arbeitsintensität oder Herabdrückung der Löhne damit beabsichtigt wird. Gegen derartige Maßnahmen würden wir mit aller Entschiedenheit Front machen; im Uebrigen sind uns solche rein philanthropische oder soziale Experimente, wie die des Herrn Freese höchst gleichgültig, und mögen sich die Arbeiter derartige Zuwendungen, sobald keine sonstiger Nachteile nicht dabei sind, ruhig gefallen lassen oder mögen sie dieselben als einen berechtigten Anspruch auf den Ertrag ihrer Arbeit betrachten, so wollen wir sie daran nicht hindern. Daß ein Arbeiter dieses meist recht geringen Vortheils halber auf die sonstige energische Vertretung seiner Lohn- und Klasseninteressen verzichtet, hat sich aus der bisherigen Praxis des Gewinnbetheiligungssystems nicht bekräftigt. Damit erübrigen sich die Veröhnungshoffnungen des Herrn Freese ganz von selbst.

Zu seinem Schlußkapitel erörtert Herr Freese die Arbeiterwohnungsfrage, wobei er zunächst grundsätzlich jede Lösung durch den Unternehmer verwirft, weil dadurch die Arbeiter in die Gefahr doppelter Abhängigkeit gerathe. Schon besser sagen ihm die gemeinnützigen Bauspargesellschaften zu, soweit die die errichteten Häuser nicht den Miethern künstlich, sondern bloß nachtheilig überlassen, denn der kleine Privatbesitz führe zur Aflerterminderung und zum Zinshauswucher und verleihe die besten Absichten aller Wohnungsreformen. Als höchstes Ziel erscheint ihm die Komunalisierung des Bodens und der Grundstücke, d. h. die Ablösung des gegenwärtigen Privatbesitzes durch die Stadtgemeinde, die Expropriation der bodenwucherischen Expropriateure. Bis es dazu käme, werde allerdings noch viel Wasser den Berg hinablaufen. Aber dieses Ziel müsse wenigstens hinsichtlich des un-

terten Umgebungsgeländes der Städte vorbereitet werden.

Recht interessant kommen in diesem Kapitel die Gegensätze zwischen Industrie- und Bodenkapital zum Ausdruck; ja, Herr Freese erweitert diesen Gegensatz direkt zur Interessensharmonie zwischen Unternehmer und Arbeiter gegenüber dem Hausbesitzer, der nach jedem Unternehmerrückgewinn und auf jede Lohnerhöhung des Arbeiters seine begehrlche Hand ausstreckt. Es ist dies das bekannte Dogma der Freijünger, das diese Leute aber nicht hindert, mit ihren agrarischen Feinden Hand in Hand zu gehen, wenn es sich um die Abwehr berechtigter Arbeiterforderungen oder um die Unterdrückung der Arbeiterklasse handelt. In der Forderung „Expropriation der Expropriateure“ sind wir übrigens mit Herrn Freese vollkommen einig.

Wenn wir darnach diese sehr hochachtbaren „Fabrikanten Sorgen“ des Herrn Freese nochmals überschauen, so kommen wir dabei nothgedrungen zu der Folgerung, daß die hier geschilderten Probleme unserem Unternehmertum fin desidele wohl die allergeringste Sorge machen, es müßte denn die Sorge sein, denselben so weit als möglich aus dem Wege zu gehen, oder sie zur Unterdrückung ihrer Arbeiter auszunutzen. Vielleicht ist Herr v. Stumm so freundlich, auch seiner Auffassung über die „Fabrikanten Sorgen“ in einer Publikation Ausdruck zu geben — wir sind überzeugt, daß der größte Theil der Unternehmer den dort geschilderten Standpunkt weit leichter begreifen und höher schätzen würde, selbst wenn Alles gerade auf das direkte Gegentheil des Herrn Freese herausträte. Deshalb können wir auch Herrn Freese nicht als typischen Vertreter seiner Berufsgenossen betrachten. Er ist ein weißer Hahn, der uns aber nicht glauben machen kann, daß alle Hähnen weiß und rein seien!

**Safenarbeiterstreik in Hamburg.**

In Hamburg befinden sich die im und am Hafen beschäftigten Arbeiter, als Schauerleute, Kohlenarbeiter, Katarbeiter, Gwerführer, Kesselreiniger und Seelente etc. im Streik. Bereits 11 000 Mann haben sich dem Ausstande angeschlossen und noch ist nicht zu übersehen, welche Dimensionen derselbe annehmen kann. Den Anfang machten am Sonnabend, den 21. November, die Schauerleute, nachdem ihnen eine an die Stauer (Unternehmer) gestellte Lohnforderung abschlägig beschieden wurde. Die aufgestellten Forderungen waren folgende:

- § 1. a) Lohn.
  - Pro Tag . . . . . M 5,—
  - „ Nacht . . . . . „ 6,—
  - „ Ueberstunde (Nachtfeierabendarbeit) „ —,60
  - für Sonn- und Festtage „ 6,—
- b) Für Arbeit von Morgens 3—6 Uhr, sowie Durcharbeiten der Frühstücks-, Mittags- oder Abendbrodpause wird jede durchgearbeitete Stunde doppelt, das heißt mit M 1,20, bezahlt. Wird nach 12 Uhr Mittags gearbeitet, so gilt der Tag für voll; dauert die Arbeit länger als bis 1 1/2 Uhr Mittags, so wird die Mittagspause extra bezahlt. Jede angefangene Stunde gilt für voll.
- c) Für gesundheits-schädliche, sowie ausnahmsweise schwere Arbeiten, als Loes Getreide, Salpeter, Guano, Schwefel, Kies und Erz, Terpentin, Kampfer, gefalgene Häute, Eisen, Loes Salz, Gambia u.s.w., wird für den Tag 6 M und für die Nacht und Sonntags 7 M bezahlt, auch erhöht sich demgemäß der Ueberstundenpreis.

Obiger Preis wird bezahlt, wenn die Arbeit einen halben Tag und länger dauert.



§ 2. Arbeitszeit.

- a) Die Arbeitszeit gilt bei Tage von 6 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends, mit einer 1/2stündigen Frühstückspause und einer 1 1/2stündigen Mittagspause. Eine Arbeitszeit von 3/4 Tag gibt es nicht.
- b) Bei Nacht von Abends 6 Uhr bis Morgens 3 Uhr, mit einer 1 1/2stündigen Abendbrodpause, welche von 6—7 1/2 Uhr Abends stattfindet. Als halbe Nacht gilt eine Arbeit von 6—10 Uhr. Wird Abendbrod gemacht und die Arbeit vor 10 Uhr beendet, so gilt dies auch für eine 1/2 Nacht. Nach 10 Uhr gilt die Nacht für voll.
- c) Sonntags von Morgens 6 bis Vormittags 9 1/2 Uhr und Nachmittags von 12 / bis 5 Uhr Abends.
- d) Alle Arbeitszeit gilt von Stadt zu Stadt.

Am Vorabend der großen Festtage, als Neujahr, Ostern, Pfingsten, Weihnachten ist die Arbeitszeit um 4 Uhr Nachmittags beendet.

Die längste Arbeitszeit darf pro Mann 36 Stunden, inklusive der Pausen, nicht überschreiten, ausgenommen bei Notharbeiten. Mittags darf es nur Ausschneiden geben, falls die Arbeit beendet ist, sonst rechnet der Tag für voll.

§ 3. Lohnauszahlung. Der Lohn ist nach dem sogenannten Tickethystem auszuzahlen, d. h. jeder Mann erhält sofort nach Beendigung seiner Arbeit, gleichviel, ob das Schiff weiter arbeitet oder nicht, einen Lohnzettel ausgehändigt, worauf an zuständiger Stelle der betreffende Lohn zu jeder Zeit erhoben werden kann.

§ 4. Beförderung. Freie Beförderung an und von Bord auch zu den Mittags- und Abendbrodpausen. Es muß thunlichst d. s. Mittags mitgetheilt werden, wie lange das Schiff Abends noch arbeiten soll.

§ 5. Arbeiten auf der Unterelbe. Bei auf der Unterelbe arbeitenden Schiffen wird der Tarif von der Stadt bis an die Stadt bezahlt bei freier Beförderung, gleichviel, ob das Schiff arbeitet oder nicht.

§ 6. Alle nicht vorgesehenen Fälle (Noth-, Spararbeit usw.) regeln die Arbeitnehmer und Arbeitgeber unter sich.

Der ablehnende Bescheid seitens der Stauer war das Signal zum Ausbruch von Streiks anderer Kategorien der Hafnarbeiter, die auch ihrerseits nunmehr mit Forderungen an ihre Arbeitgeber herantreten.

Bereits im Jahre 1890 wurde seitens der Hafnarbeiter der Versuch gemacht, ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen anzubessern. Der Versuch mißlang, weil die Organisation noch nicht innerlich erstarkt war, um den Kampf anzuknüpfen zu können.

Von Seiten der Heber und Stauer ist seit jener Zeit nichts geschehen, um dem Steigen der Lebensbedürfnisse auch die Arbeitslöhne der Arbeiter anzupassen. Es ist daher nur zu erklärlich, daß in den Kreisen der Arbeiter sich immer mehr und mehr die Erkenntniß Bahn brach, daß sie von jener Seite keine Hilfe in ihrer verdrängten Lage zu erwarten haben, sondern einzig und allein auf sich selbst angewiesen sind, und nur aus eigener Kraft dem fortwährenden Sinken der Lebenslage, dem Steigen der Existenzmühseligkeit Einhalt gebieten können. Es galt daher in erster Linie, die Vorbedingungen zu schaffen, welche zu einem ernsthaften Versuch, die Lebenslage der Hafnarbeiter zu verbessern, unbedingt notwendig ist: eine in sich gekräftigte, festgelegte Organisation.

Auch der Genosse Tom Mann, Vorsitzender der internationalen Föderation der Hafnarbeiter, war zu dem Zweck nach Hamburg gekommen, um seine deutschen Kollegen zur Bejourntheit zu

ermuntern, sie zu belehren und darüber aufzuklären, was zur Führung eines wirtschaftlichen Kampfes notwendig ist. Doch der wohlweisen Polizei hatte es beliebt, im Interesse der Heber und Großkaufmannschaft von Hamburg dies löbliche Vorhaben des Genossen Tom Mann zu verhindern, denselben auszuweisen und per Schub in seine Heimath zu befördern.

Hatte die Gährung, die Unzufriedenheit unter den Hafnarbeitern schon einen ziemlich hohen Grad erreicht, so wuchs dieselbe von nun an mit solch elementarer Gewalt, daß es unmöglich war, die Massen zurückzuhalten. Und vielleicht ist es gerade dem Umstande, daß der Genosse Tom Mann ausgewiesen wurde, zuzuschreiben, daß der Ausbruch des Streiks beschleunigt wurde, die Polizeibehörde also mit ihrer Liebedienerei dem Unternehmertum gegenüber gerade das Herausgeschworen hat, was sie verhindern wollte. Mögen sich daher die Herren Heber, Stauer und Generaalsee, wenn der Streik eine Störung in ihrer wucherischen Ausbeutung der Arbeitskraft der Hafnarbeiter hervorruft, bei ihrer Polizeibehörde bedanken. Am 26. November wurde Tom Mann wiederum aus Altona ausgewiesen, wo er in einer Versammlung sprechen wollte.

Auch in Bremen haben die Schauerleute und in Lübeck die Kohlenarbeiter die Arbeit eingestellt, nachdem ihnen seitens der Unternehmer die gestellten Forderungen abgelehnt wurden. Es ist also noch nicht annähernd zu übersehen, welche Ausdehnung der Kampf noch nehmen kann.

An der Arbeiterschaft liegt es nun, den kämpfenden Brüdern beizustehen und ihnen zu den Mitteln zu verhelfen, welcher sie in diesem schweren Kampfe bedürfen, sowie allerorts, ganz besonders aber an den See- und Hafenplätzen, dafür zu sorgen, daß keine Streikbrecher nach Hamburg kommen.

## Verbands-Kollegen!

### Vergeßt die Arbeitslosen Statistik nicht!

## Deutscher Metallarbeiter-Verband. Bekanntmachung.

Hierdurch machen wir darauf aufmerksam, daß im Dezember laut Statut § 14 Abs. 2 seitens der Verwaltungen dem Vorstand Neuvorschläge für die Gesamtvorstandswahl zu machen sind und geben wir nachstehend die darauf bezüglichen Bestimmungen des Statuts bekannt.

§ 14 Abs. 2 lautet:  
„Die örtliche Verwaltung wird geführt von fünf Mitgliedern, die von dem Vorstand ernannt werden. Zu diesem Zweck haben die Mitglieder der örtlichen Verwaltungen dem Vorstand entsprechende Personen in Vorschlag zu bringen. Die solcher Art voraussetzungen Ortsbeamten sind in Mitgliederversammlungen alljährlich im Dezember zu wählen. Der erste der Ortsbeamten überwaht und leitet die Gesamtvorstandswahl (Bevollmächtigter); der zweite führt die Ortskasse und die drei übrigen haben die Kontrolle und die Revisor auszuüben. Bei örtlichen Verwaltungsstellen von über 200 Mitgliedern kann die örtliche Verwaltung durch einen zweiten Bevollmächtigten und durch einen zweiten Kassier verstärkt werden.“  
Die Vorschläge sind unter Angabe der Vor- und Nachnamen, der Haupt-Ort der Mitgliedsräucher der Vorgeschlagenen und ihrer genauen Adressen möglichst umgehend, jedenfalls so zeitig nach hier einzuliefern, daß die Herausgabe des neuen Adressenverzeichnisses in der ersten Hälfte des Monats Januar 1897 erfolgen kann.

Die Thätigkeit der neuen Ortsverwaltung beginnt mit dem 1. Januar 1897 und hat die bisherige Ortsverwaltung die Abrechnung des 4. Quartals 1896 fertigzustellen.

Folgende Mitgliedsbücher sind ungültig und aufzuheben:  
Nr. 57511 des Metallschlägers Leonhard Hofmann, geb. zu Fürth am 8. April 1874.

- 84 60 des Drehers August Drowel, geb. zu Insterburg am 13. Sept. 1867.
- 105780 des Metallschlägers Walth. Kreller, geb. zu Fürth am 10. Nov. 1871.
- 120677 des Gelbgiebers Ferd. Banger, geb. zu Troppan am 10. Mai 1870;
- 125108 der Besenweberin Babette Renner, geb. zu Fürth am 14. Okt. 1873.
- 126560 des Messerschmiedes Fellig Retschke, geb. zu Grünberg am 2. Juli 1878.

Ausgeschlossen werden nach § 3 Abs. 7a des Statuts wegen Streifbruchs:

- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Fleusburg:  
der Schlosser Heinrich Sandorf, geb. zu Varenup am 6. Mai 1867, B. Nr. 10144; in Lübeck die Klempner:  
Johann Guldemann, geb. zu Gatterlin am 8. Oktober 1863, B. Nr. 155 432; August Karl, geb. zu Sonneberg am 2. Januar 1869, B. Nr. 155 423.  
Georg Neumann, geb. zu Joems am 8. Sept. 1875 B. Nr. 142 402; Wilhelm Walbau, geb. zu Embden am 8. Dezember 1866, B. Nr. 155 424.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an

**Theodor Werner, Stuttgart, Aledarstraße 160,1,**

zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß  
Der Vorstand

## Korrespondenzen.

### Klempner.

Magdeburg. Am 14. November tagte im Großhändler-Lokale die erste Versammlung der Section der Installateure des D. M.-V. Nach Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten wies der Vorsitzende auf die Interessen der Arbeiter im Allgemeinen hin und betonte, daß über den Rahmen der gegebenen Organisation hinaus das Klassenbewußtsein zu erwecken und zu fähigen sei. Die übrigen Redner schlossen sich diesen Ausführungen an. Nachdem Verbandsangelegenheiten von verschiedenen Seiten eörtet, wurde die Versammlung geschlossen. — Mögen die in der Installationsbranche beschäftigten Arbeiter, welche der Organisation noch fern stehen, ihre wirtschaftliche Schwäche, ihre Abhängigkeit von der Willkür der Unternehmer erkennen und sich dem D. M.-V. anschließen. Denn dieser ist der einzige Verfechter der Interessen der Metallarbeiter.

### Metall-Arbeiter.

Bremen. Achtung, Metallarbeiter! Wir vermissen bekannt sein wird, streiken in Hamburg und Bremen die Hafnarbeiter und hat dieser Streik eine große Dimension angenommen. Das Unternehmertum sucht nun in Mittel- und Süddeutschland Streikbrecher anzuwerben. Wir ersuchen deshalb die Kollegen, speziell die Schlosser, nach Hamburg und Bremen den Bezug streng fern zu halten. Unterzeichnete Kommission hat schon verschiedene Kollegen abgefaßt, welche den streikenden Kraftführern in den Rücken gefallen sind. Auf unsere Veranlassung haben sie die Arbeit wieder niedergelegt. Kollegen, haltet das Solidaritätsgewiß hoch, damit die Hafnarbeiter zum Sieg gelangen! Ihr Sieg ist auch unser Sieg! Die Agitationskommission Bremens. J. A.: L. Bloch.

Chemnitz. Agitationsbericht. Nach den Beschlüssen der Landesleitung in Weissen hat quartalsweise Berichterstattung der einzelnen Korrespondenten stattzufinden. Wenn der Bericht von Westfalen nun in mancher Hinsicht zu wünschen übrig läßt, so trägt daran die Schuld einertheils mein Vorgänger, andertheils aber die unverzeihliche Faulheit der einzelnen Kollegen. Trotzdem bereits vor ungefähr 4 Monaten an sämtliche Bevollmächtigte Westfalens Fragebogen versandt wurden, sind doch bis heute erst, sage und schreibe, fünf Antworten eingelaufen. Mit einem derartigen Material Bericht zu erwarten, sollte wohl selbst einem Schriftsteller von Beruf schwer fallen. — Nur in Chemnitz haben sich die Kollegen ganz energisch gerührt, und wenn im Vergleich zu den hier beschäftigten Metallarbeitern, welche an Zahl 13 000 übersteigen, die Organisation noch keine gute zu nennen ist, so wird es dem unermüdeten Eifer der Chemnitzer Kollegen einerseits und dem zügigen Vorgehen der hieren Fabrikanten andererseits gelingen, fortgesetzt neue Kämpfer für unsere Sache zu gewinnen. Auch einige kleine Verkünderstreiks haben im Laufe des Sommers hier stattgefunden, welche in einem Falle zu Unannehmlichkeiten für Arbeiter, in anderen Fällen mit dem vollständigen Sieg der Arbeiter endeten. Die Arbeitszeit beträgt in Chemnitz und der nächsten Umgebung fast durchwegs

10 Stunden. Diese Arbeitszeit steht aber nur auf dem Papier, denn in sehr vielen Betrieben wird die ganze Nacht durchgearbeitet und daher kommt es, daß trotz der guten Geschäftskonjunktur die Arbeiter noch massenhaft die Fabriktore belagern — ein sprechendes Bild zur Illustration unserer heutigen Zustände. Gerade der letztere Umstand ist es, welcher den Arbeiter verhinert, gegen Ueberstunden und sonstige Uebergriffe seitens der Fabrikleitung zu protestiren, denn auch hier heißt es stets gleich in lakonischer Kürze: „Wem's nicht paßt, kann gehen, draußen stehen zehn Andere.“ — Zuschriften aus dem Erzgebirge und dem oberen Voigtlande belagen, daß dort die Zustände noch viel traurigere sind; es herrsche lange Arbeitszeit, erbärmliche Löhne und seien ungesunde Arbeitsräume vorhanden. Außerdem ist es die Stupidität der Arbeiter, welche ein Aufbilden der gewerkschaftlichen Organisation fast unmöglich macht. Ueber die Löhne im Allgemeinen etwas zu berichten, ist mir heute noch nicht möglich — Dank der Laubheit vieler Kollegen. Soll nun die Einrichtung der Agitations-Korrespondenten für den D. M.-V. etwas nützen, dann müssen vor allen Dingen die finanziellen Mittel besser eingehen, damit in persönlichen Verkehr mit den streikenden Kollegen getreten werden kann. Es werden in nächster Zeit wieder Fragebogen an die Kollegen gelangen und möchte ich schon jetzt darauf hinweisen, dieselben recht genau und schnell auszufüllen, damit ein gesammtes Material vorliegt. Bekanntlich wurde es den Korrespondenten in Weissen zur Pflicht gemacht, statistisches Material zu sammeln und in der Presse zu veröffentlichen, es bedarf hierzu der Mitarbeit sämtlicher Kollegen. Nun, Kollegen, auf zur Agitation für ein menschenwürdiges Dasein, für höhere Löhne, für Verkürzung der unheimlich langen Arbeitszeit. Steht alle persönlichen Zwifigkeiten in den Hintergrund. Nützt den wirtschaftlichen Aufschwung zu Euren Gunsten aus, damit eine etwa eintretende Krise uns unsere Lebenshaltung nicht noch weiter herunterdrückt. Mit Gruß Allen Unentschuldig, Agitations-Korrespondent, Chemnitz, Turnstr. 22.

Erzfeld. Den fleißigen Kollegen scheint es noch sehr gut zu gehen, denn sonst würden sie unsere Versammlungen besser besuchen. Waren doch in der letzten nur 7 Mann anwesend. Um den Besuch unserer Versammlungen zu heben, haben wir beschlossen, in jeder Versammlung einen Vortrag zu halten. Am Samstag, 5. Dezember, findet eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Kollege Rapp über die Zukunft der Gewerkschaften referirt und hoffen wir, daß die Kollegen vollzählig erscheinen.

Dresden. Die Einzelmitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes (Dresden-Neustadt) hielten am 16. November im Restaurant Zimmermann ihren ersten Diskussionsabend ab. Derelbe war ziemlich gut besucht. Kollege Arno Richard erwähnte kurz, daß diese Diskussionsabende von jetzt ab regelmäßig alle 14 Tage Montags stattfinden sollen, um den Mitgliedern Gelegenheit zu geben, sich untereinander über streitige Punkte auszusprechen. Dann sprach Kollege Meißner zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Art und Form der Organisation.“ Meißner schilderte in sachlicher Weise die Entstehung der Arbeitervereinigungen, deren Aufösung unter dem Sozialistengesetz und die schließliche Wiedervereinigung in Centralverbänden. Meißner hob den Nutzen derselben gegenüber den Lokalorganisationen hervor. Der beifällig angenommene Vortrag wurde dann noch lebhaft debattirt. Hierbei wurde besonders die Angelegenheit Hähnel behandelt. Mit einer Aufforderung der Kollegen Hopye zur Organisation, auch der Frauen und Mädchen, schloß die Versammlung.

Delitzsch. In einer öffentlichen Metallarbeiterversammlung, welche am 15. Nov. stattfand, sprach Kollege Schneckenburger aus Halle a. d. S. über: „Warum organisiren wir uns?“ Meißner verdrückte sich in eingehender Weise über die wirtschaftliche Lage. Die Ausführungen fanden allgemeinen Beifall. Es wurde hierauf einstimmig der Beschlus gefaßt, eine Filiale des D. M.-V. in Delitzsch zu gründen. — In Magdeburg fand am 22. November eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt. Kollege Schneckenburger-Halle a. d. S. hatte das Referat über Zweck und Nutzen der Gewerkschaft übernommen. Die Ausführungen des Redners hatten durchschlagenden Erfolg, einige Kollegen ließen sich auf erheben. In der hierauf folgenden Diskussion wurde gerügt, daß ein Fabrikdirector aus nichtigen Gründen einen Schlosser geohrfeigt habe.

Einshorn. Der Streik der Former in der Fabrik von Ch. Steen ist zu Gunsten der Arbeiter beendet.

Frankfurt a. O. Am 17. November fand hier eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt, in welcher Kollege Faber-Verlin über: „Die Bekämpfung der Arbeiterorganisationen durch Staatsbehörden und Unternehmertum“ sprach. An der Hand



zahlreicher Beispiele wies er nach, daß heute nicht mehr der alte Rechtsgrundlag: Vor dem Gesetz sind alle Menschen gleich, sondern der Anspruch des preussischen Justizministers: Wenn zwei dasselbe thun, ist es nicht dasselbe, in der Behandlung der gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter maßgebend ist. Nach Beendigung des Meisterats erfolgte die Wahl eines Delegierten zum Gewerkschaftskartell. An Stelle des freiwillig aus demselben ausgeschiedenen Sohn wurde Bauer gewählt. Hieran ergriß nochmals Faber das Wort, um in zündender Rede die Frankfurter Metallarbeiter aufzufordern, die Berliner Kollegen in deren Kampfe mit den dortigen vereinigten Unternehmern thätkräftig zu unterstützen, damit nicht die Errungen dieses Sommers bei dem im nächsten Frühjahr zu erwartenden Vorstoß des Verbandes der Berliner Metallindustriellen wieder verloren gehen.

**Halle a. S.** Streik der Schlosser und Dreher. Wie schon in letzter Nummer telegraphisch mitgeteilt, legten am letzten Montag die Arbeiter der Maschinenfabrik von Gustav Krebs hier die Arbeit nieder. In einer abgehaltenen Metallarbeiterversammlung legte Kollege Ehrler die Ursachen der Arbeitsmissetzung klar. Die Krebs'sche Maschinenfabrik war bisher eine Werkstätte, in welcher ziemlich erträgliche Verhältnisse existierten. Mit dem Antritte des ersten neuen Meisters änderte es sich jedoch sofort. Der Mann, welcher aus einer Gegend zu sein scheint, in welcher eine ganz rückständige Arbeiterchaft bei allen, auch den unwürdigsten Verhältnissen ruhig ist, war wohl der Ansicht, daß er auch hier der Arbeiterchaft dasselbe bieten könnte. So wurden u. A. an Alforden, welche schon jahrelang zu den gleichen Preisen gemacht worden sind, ohne Wissen des Chefs ganz erhebliche Abzüge gemacht. Noch besser wurde die Sache, als 2 Wochen nach Antritt dieses Meisters noch ein zweiter Meister von denselben Eigenschaften für diese 50 Arbeiter seinen Posten antrat. Auch dieser Mann hat in Bezug auf Alfordabzüge seine Schulbigkeit getan und in Bezug auf Behandlung den ersten Meister sogar weit übertraffen. Worte wie „dumme Jungen“, „dämliches faules Volk“, „Schwauze halten“ usw., braucht und wird sich ein ausländischer Arbeiter nicht gefallen lassen. Von den 50 in der Fabrik beschäftigten Arbeitern legten 42 Mann die Arbeit nieder. Die Forderung lautet lediglich auf Entfernung der beiden Meister und zwar auf sofortige Entlassung des Meisters Gehring und Kündigung des Meisters Degenkolb. — An der Hand der vorhandenen Lohnbücher ist der Beweis erbracht worden, daß nahezu die Hälfte der Arbeiter einen Verdienst von nicht ganz 16 Mk erreichten, Zweidrittel der anderen Hälfte nicht über 21 Mk und von den übrigen war nur ein einziger, der über 30 Mk verdienen konnte. Die Versammlung erklärte sich mit den Streikenden solidarisch. — Der Zugang ist, da die Firma Krebs in auswärtigen Leistungen bereits Streikbrecher sucht, streng fernzuhalten.

**Hamburg.** Der Deutsche Metallarbeiter-Verband, Section der Werftarbeiter, hielt am 9. November bei Lütke eine Mitgliederversammlung ab. Vom Gewerkschaftskartell wurde berichtet, daß wir eine Urabstimmung über die Abhaltung eines Gewerkschaftskongresses in Hamburg vorzunehmen hätten, worauf die Versammlung sich für Abhaltung des Festes erklärte. Des Weiteren wurde berichtet, daß der Streik der Arbeiter im Winter aufhört, jedoch im Sommer, wenn wieder offenes Wetter ist, wieder losgeht. Ferner wurde über den Buchdruckerstreik berichtet, daß die Buchdrucker von anderen Gewerkschaften noch keine Unterstützung gebraucht hätten, wohl aber darauf rechnen müßten, wenn in Leipzig der Lohnkampf entbrennt. Bei innerer Vereinsangelegenheiten wurden zu Obmannern gewählt die Kollegen Hünler, Müller, Biesch, Wolschad, Rensch und Karl Sackmann. Der Antrag, eine Unterstützungskasse für Krankheitsfälle zu gründen, wurde abgelehnt. Sodann wurde der Antrag, den Vorstandsmitgliedern für jede Sitzung, und den Redatoren für jede Revision 30 Mk zu entzückenden, angenommen. Hieran wurde beschlossen, da auf den Werften noch einige Arbeiter unter dem ortsüblichen Tagelohn von 3 Mk verdienen, Fragebogen zu formulieren zu lassen, um dieses faktisch festzustellen; es wurde eine Kommission von vier Mann gewählt, nämlich die Kollegen Müller, Sackmann, Meinschhausen und Haberstroh, welche die Fragebogen bis zur nächsten Mitgliederversammlung anzuhändigen hat. Sodann wurde angeführt, daß mit der Aufnahme der Arbeitslosenparität im Januar begonnen wird. Zum Schluß machte der Kassirer darauf aufmerksam, mit dem Abklicken der Sammelblätter nicht so lange zu warten, wozu ein Antrag angenommen wurde, eine Annonce zu erlassen, daß diejenigen, welche innerhalb einer bestimmten Frist nicht abgeliefert hätten, veröffentlicht werden.

**Brandenburg u. H.** Der Streit bei Biech n. Brest ist zu Ungunsten der Arbeiter beendet. Näherer Bericht folgt. Der Zugang ist von dieser Bude strengstens fern zu halten.

**Judwigsbury.** In Bezug auf die in Nr. 47 unseres Blattes enthaltene Korrespondenz aus Ludwigsbury erhalten wir von Herrn Franz Krieg, Fabrik für Haushaltungsmaschinen, eine Zuschrift, der wir Folgendes entnehmen:

In dem Artikel (in Nr. 47) heißt es n. A.: „Auf dem Wilhelmplatz steht eine Fabrik für Haushaltungsmaschinen. In derselben ist ein Heizer beschäftigt usw.“ Zur Berichtigung theile ich Ihnen Folgendes mit: Ich beschäftige 15—18 Arbeiter, mit denen ich stets persönlich in Verkehr bin, somit ist eine Fabrikordnung überflüssig, auch hatte ich nie Grund, eine Kaution einzubehalten. Erst in allernuester Zeit habe ich, gezwungen durch einige Arbeiter, welche die Arbeit ohne Kündigung verließen, jedem meiner Leute eine Kaution von 10 Mk (nicht 20 Mk) einbehalten, welche verloren geht, sobald der Arbeiter ohne Kündigung oder gegenseitiges Einverständnis die Arbeit verläßt. Dies habe ich jedem einzelnen meiner Leute persönlich mitgeteilt. Diese Kaution ziehe ich in wöchentlichen Beiträgen von 50 Pf bis 2 Mk ab, je nach Verdienst des Arbeiters. Besagtem Heizer sind in 7 Wochen, seit er da ist, 8 Mk abgezogen worden. Sodann war derselbe nicht 3 Wochen, sondern 5 1/2 Tage krank (vom 26. bis 31. Oktober), er hatte nicht 5, sondern 6,50 Vorfuß. Am ersten Zahlungstag nach seiner Krankheit zog ich ihm 3,50 ab und erhielt derselbe nicht 9,50, sondern 15,40. Am nächsten Zahlungstag hat er mich, ihm nichts abzuziehen, da sein Kind zum Augenarzt mußte, was seine eigene Frau als erdichtet erklärt. Ich zog auch nichts ab und erhielt derselbe 17,93. Am 3. Zahlungstag, letzten Samstag, zog ich den Rest des Vorfußes von 3 und 1 für Kaution ab und erhielt derselbe 12,20. Allerdings hat dieser „ohnehin schon unglückliche Familienvater“ seiner Frau, welche fleißig und sparsam ist, vom ersten Zahlungstag 9,50, vom zweiten 7,50 nach Hause gebracht, von diesem Geld mußte die Frau ihn bestreiten bis auf Vesper, welches er beim Wirth holen ließ und bis heute nicht bezahlt. Den 3. Zahlungstag hat der Mann vom Samstag Abend bis Sonntag Nacht verjastet, während die Frau, welche ihrer Niederkunft entgegensteht, und 1 Kind nichts zum Leben hatten. Während 30 Stunden lag er in Arbeitskleidern im Wirthshaus. Die Arbeit hat er nachdem nicht wieder angetreten, und trotzdem ich berechtigt war, die Kaution zu behalten, habe ich dieselbe heute seiner Frau gegeben, damit ihr Mann das Geld nicht in die Hand bekommt und die Frau mit ihrem Kind nur etwas zu leben hat. Dies ist der wahre Sachverhalt, den ich beweisen kann. Der Heizer heißt Karl Tröschler, wohnhaft zu Ohreil bei Ludwigsbury. — (Wir müssen angehängt dieser Zuschrift unsere Korrespondenzen wiederholt dringend ersuchen, nur Tatsachen zu berichten, die auch mit Beweisen zu belegen sind. Durch falsche Berichte wird unserer Sache nicht gedient. Red.)

**Leipzig.** Agitations-Bericht für Nordachsen, Kreisorganisation in Leipzig, für die Zeit vom 8. August mit 18. November 1896. Laut Beschluß der Leipziger Konferenz wurden die Korrespondenten Sachsens beauftragt, alle Vierteljahre einen Bericht über ihre Thätigkeit zu geben. Meine erste Aufgabe war, mit den einzelnen Ortsgruppen, wo die Einzelmitglieder gering oder überhaupt noch keine Anjäger für unseren Verband vorhanden waren, Fühlung zu nehmen. Zuerst mit Grotzsch, wo die Mitgliederzahl etwas zurückgegangen war, aber sich in kürzerer Zeit wieder gehoben hat. Dann folgte Burgzen, wobei die Leipziger Kollegen einen Auszug machten, bei welcher Gelegenheit zugleich eine Versammlung stattfand. Dort wird der Verband in kurzer Zeit wieder in die Höhe kommen. Grotzsch wiederum stand es mit Dösch; seit Bergem ist dort ein Kartell gegründet, welches es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Gewerkschaftsbewegung zu heben und sich auch der Metallarbeiter anzuschließen. In nächster Zeit wird eine öffentliche Metallarbeiterversammlung stattfinden. Noch wichtiger liegen die Verhältnisse in Dorna, wo überhaupt noch keine Arbeiterorganisation Fuß gefaßt hat. Da habe ich mit Hilfe der Altenburger Kollegen eine öffentliche Metallarbeiterversammlung abgehalten; war der Erfolg auch nicht ein großer, so haben wir wenigstens Fuß gefaßt und einige Kollegen sich der Organisation angeschlossen. Die zweite Versammlung, welche stattfinden sollte, wurde dadurch hinausgeschoben, daß die Leipziger Lokal wieder abgezogen. Was die übrigen Ortsgruppen und die Zahl der dort beschäftigten Metallarbeiter und Arbeiterinnen, sowie die Zahl der Organisationsentlasteten, werde ich darüber berichten, sobald mir die Statistik für das Königreich Sachsen fertig gestellt haben. — Referenten wurden be-

tragt 9 mal, Briefe gingen ein 24 und 5 Karten; ausgingen 24 Briefe und 22 Postkarten und Kartenbriefe, sowie 6 Druckfachen und 1 Paket. Die Einnahme betrug Mk 64,59, die Ausgabe Mk 41,23, Kassenbestand Mk 23,36.

Mit kollegialischem Gruß  
Karl Döhme,  
Korrespondent für Nordachsen.

**Lübeck.** Ueber die Ursachen des Streiks auf dem Guaißirwerk von Thiel u. Söhne in Lübeck und die Maßnahmen der Unternehmer, um den Streik mit Hilfe der Herren von Hirsch-Dunder auszurufen zu machen, können wir, in Folge einer Zuschrift, ein artiges Stücklein erzählen. Lange vor Ausbruch des Streiks war von der Fabrikleitung beschlossen worden: ca. 25 der als „Sozialdemokraten“ und „Organisirte“ bekannten Arbeiter aus der Fabrik zu entfernen. Dazu fand die Firma jedoch keine Gelegenheit, denn gerade die Betreffenden gehörten zu den tüchtigsten Arbeitern und ließen sich Versuche auch nicht zu Schulden kommen. Es war jedoch Absicht, die Leute zu entlassen und — sie wurden entlassen! Die Folge davon ist der jetzt im Gange befindliche Streik. Das Interessante an der Sache ist jedoch, daß die Unternehmer, wie auch schon von unserer Seite wiederholt behauptet, immer bestreben, daß sie die Hirsch-Dunder'schen Ortsvereine die Verleumdungszwecke dieser Vereine nur als Deckmantel benutzen, um Streikbrecher für die Unternehmer heranzuziehen. In dem Streikbericht aus Lübeck in Nr. 43 der „D. M. Z.“ wird schon ein Metallarbeiter Fleischmann, der Vorsitzende des Lübecker Filiales des Hirsch-Dunder'schen Gewerkschafts der Metallarbeiter, als Nichtstreikender angeführt. Dieser Herr und noch ein Mitglied des Ortsvereins waren vor dem Streik die einzigen Vertreter ihrer Organisation in der Fabrik von Thiel u. Söhne. Herr Fleischmann hatte nun nach Ausbruch des Streiks neben der Fabrikleitung das größte Interesse daran, daß recht viele „Stadler“ in die Fabrik hineinwären. Woher aber diese nehmen und nicht fehlen, da selbst ein großer Theil der im Hirsch-Dunder'schen Ortsverein der Metallarbeiter in Lübeck befindlichen Arbeiter keine Lust hatte, ihren Arbeitsbrüdern als Streikbrecher in den Rücken zu fallen? Doch die Firma und Herr Fleischmann wußten sich Rath. Herr Fleischmann, der eifrige Agitator für die Arbeiterinteressen und Vorsitzende des Lübecker Ortsvereins der Metallarbeiter, erhielt von der Firma, nach reichlicher Ueberlegung und Rücksprache, am 20. November einhundert Mark und den Auftrag, nach Berlin zu fahren und dort Streikbrecher zu holen und zwar 4—5 Rasenrührer, 3 Eisenbrecher und 12—13 Klempner auf Schwarzblech. Sollte aber Herr Fleischmann wider Erwarten in Berlin kein Glück haben mit der Anwerbung von Streikbrechern, so lautete sein Auftrag weiter, solle er dasselbe in Breslau versuchen. Auch sollte er, wenn er in Berlin mit Hilfe des Hirsch-Dunder'schen Arbeitsnachweises eine genügende Zahl Leute für Thiel u. Söhne aufgebracht habe, sofort an die Firma telegraphiren und würde der Unternehmer dann selbst nach Berlin kommen, um die Arbeitslustigen sofort mit nach Lübeck zu nehmen. — Herr Fleischmann dampfte also am 20. November mit seinen einhundert Mark und den Aufträgen in der Tasche nach Berlin ab, und kam gerade zur selben Zeit im Lokal des Hirsch-Dunder'schen Arbeitsnachweises in der Breslauerstraße 23 an, als die Arbeitsnachweiskommission Sitzung hatte. Durch den Vorsitzenden dieser Kommission, Herrn Melzer, ließ der Herr Fleischmann derselben seine Angelegenheit sofort vortragen und verhandelte denn auch die Kommission äußerst eingehend über die Angelegenheit. Die Herren Kraß und Melzer traten auch eifrig für die durch Herrn Fleischmann später selbst vorgetragene Sache ein, welcher bemerkte: Daß durch die Unterstützung seiner Sache den Hirsch-Dunder'schen Ortsvereinen in Lübeck unbedingt das Rückgrat gestärkt würde, kann ihm und dem Unternehmer wäre bejauert, darum zu thun, daß nur tüchtige Hirsch-Dunder'sche nach Lübeck gingen. Diese würden auch ein dauerndes Unterkommen dort haben und es habe dann seine Anwesenheit in Berlin doch erreicht, daß der Streik dort in Lübeck ins Wasser gefallen sei. Fabrikarbeiter habe man genügend in Lübeck, aber keine gelernten Dreher, Maschinenklopper und Klempner. — Die Kommission konnte sich jedoch nicht entschließen, dem Verlangen des Herrn Fleischmann trotz eifriger Fürsprache der Herren Kraß und Melzer nachzukommen, einestheils aus dem Grunde, daß, wenn diese Thatsache bekannt wäre, der Arbeitsnachweis in Breslau läme; andernteils des-

wegen, weil einzelne Mitglieder der Kommission entschieden gegen die Lieferung von Streikbrechern waren. Die Folge dieser Verhandlungen war, daß Herr Fleischmann am andern Tage, am Sonnabend, den 21. November, dem Herrn Generalsekretär Rauch und dem Vizegeneralsekretär Bektner in der fraglichen Angelegenheit seine Aufwartung machte und um deren Unterstützung nachsuchte. Herr Rauch erklärte ihm jedoch lächelnd: Daß er selbst offiziell nicht dazu beitragen könne, daß die Firma Thiel u. Söhne während des Streiks durch seine Vermittlung Arbeiter erhalte, denn die „Kothen“ würden dann einen schönen Spektakel machen. Auch unsere Mitglieder würden uns schön anfahren, wenn wir die Sache öffentlich unterstützen würden. Das können wir nicht betonte er. Anders verhielt sich jedoch der „zukünftige“ Herr Generalsekretär Bektner. Derselbe versicherte Herrn Fleischmann, daß er auf seine volle Unterstützung rechnen dürfe — aber vorläufig — wenn keine Arbeitslosen da seien — ließe sich nichts machen. — Aber alle die schönen Zusicherungen verhalfen Herrn Fleischmann zu keinem einzigen Arbeiter, und so versuchte er sein Glück in der am Sonnabend den 21. November, Abends, abgehaltenen Monatsversammlung des Ortsvereins 1 der Metallarbeiter, welche im Lokale Mariannen-ufer 2 tagte und von ca. 70—80 Personen besucht war. Auch hier fand sein Glück und Vorhaben aus den Reihen der Mitglieder selbst Widerspruch, und sogar das eifrige Eintreten des Vorsitzenden Herrn Koch und Anderer für den Streikbruch, vermochte die Versammelten nicht zu überzeugen, daß es ihre Pflicht sei, hier einzuspringen. Man mußte auch hier nachgedrungen die Wünsche des Herrn Fleischmann ablehnen, obwohl er seine ganze „rednerische Begabung“ aufbot, da, wie auch offen von mehreren Anwesenden ausgesprochen wurde, man befürchtete, daß die Geschichte an den Tag komme und dann Angriffe erfolgen. Also, aller Mühe war für Herrn Fleischmann vergebens und ein Telegramm nach Lübeck, in welchem er anfragt, ob er nach Breslau weiterfahren solle, wurde in gleicher Art beantwortet, daß er erst das Eintreffen eines Briefes abwarten solle, in welchem ihm weitere Verhaltensmaßregeln mitgeteilt würden. — Voraussetzlich versucht nun Herr Fleischmann sein Glück in Breslau, weil, wie er den Mitgliedern der Arbeitsnachweiskommission selbst erklärte, er dort sehr bekannt sei und auch hoffe, unter den dortigen Hirsch-Dunder'schen Verhältnissen für sein Vorhaben zu finden. Hoffen wir jedoch, daß Herr Fleischmann bei den vernünftigen Arbeitern dort ebenso abfällt wie hier. Schreiber dieses hat die Arbeiter Breslau's und anderer in Frage kommender Orte von dem eventuellen Eintreffen des Hrn. Fleischmann informirt.

**Lübeck.** Der schon sechs Wochen andauernde Streik auf dem Guaißirwerk Carl Thiel u. Söhne zu Lübeck ist noch immer nicht beendet. Wie bekannt, ist der Ausstand unter nichtigen Vorwänden von der Fabrikleitung provoziert worden mit der ausgesprochenen Absicht, alle agitatorisch für die Organisation thätigen Arbeiter abzuschieben. Die Herren hatten offenbar geglaubt, leichtes Spiel mit ihren Leuten zu haben, mußten aber zu ihrem großen Leidwesen erfahren, daß sie an die falsche Adresse gerathen seien. Die Ausständigen haben sich bisher trotz der unerhörtesten Provokationen musterhaft gehalten, während die Fabrikanten, denen zwar ein löstpieliger, aber werthloser großer Troß bunt zusammengewürfelter, durchweg untauglicher „Macharbeiter“ zur Verfügung steht, trotz ihrer hochtrabenden gegentheiligen Ankündigungen auf dem letzten Loch pfeifen. Hätten sie nicht gewissermaßen ihre Kapitalistenehre verpfändet und vertraten sie nicht gleichsam das gemeinsame Interesse aller hiesigen Metallindustriellen, die diese Bewegung als eine Art Kraftprobe betrachten, sie würden längst klein nachgegeben haben. So aber wehren sie sich mit dem Muth der Bergweilung bis auf das Aeußerste. Jedoch deuten alle Anzeichen darauf hin, daß ihnen nachgerade der Muth ausgeht. Wenn nicht Alles trägt, dürfte bald die Entscheidung fallen. Deshalb ist es gerade jetzt doppelt notwendig, daß der Zugang fern gehalten wird; vor Allem dürfen Metallarbeiter aller Branchen sich nicht verlocken lassen, bei Thiel in Arbeit zu treten. Denn gerade der Mangel an Arbeitern macht den Herren am meisten Herzklopfen. Das Wichtigste ist, wenn die Angehörigen dieses Berufes einweilen Lübeck überhaupt meiden. Aber auch pekuniäre Unterstützung ist noch immer dringend erforderlich, denn es sind noch 311 Streikende zu unterstützen, darunter 80 Frauen und Mädchen. Verheirathet sind 196, welche 363 Kinder zu ernähren haben. Arbeiter! Genossen! Es handelt sich hier um Sein oder Nichtsein blühender, leistungsfähiger Organisationen. Ihr Sieg ist Euer Sieg!



**Neustadt i. M.** In der am 14. Nov. abgehaltenen Mitgliederversammlung wurde Semke als Bevollmächtigter, Winkel als Kassierer, Schillt als Schriftführer und Madke als Verwalter der Bibliothek gewählt. Ferner wurde beschlossen, Anfangs Dezember eine öffentliche Versammlung abzuhalten. Dann wurde beschlossen, zur Aufbewahrung der Verwaltungsentwürfe und Bibliothek einen Schrank anzuschaffen. — Die Adresse des Bevollmächtigten ist: Fritz Semke, am Markt Nr. 15; des Kassierers: Arthur Winkel, Große Wallstr. 140; sämtliche Zuschriften sind an Beideren zu adressieren. — Das Reisegehalt wird nach wie vor in Pachtum vom Herrgatswirth Fritz Kaal ausbezahlt. Die durchreisenden, nicht unterstützungsberechtigten oder ausgesteuerten Mitglieder erhalten in Neustadt ein Sozialgeschenk.

**Münsterberg.** Die Allgemeine Zahlstelle hielt am 28. November eine zahlreiche besuchte Versammlung ab, in welcher Herr Dr. Schlemmer einen sehr lehrreichen Vortrag über Naturheilung und Naturheilmethoden hielt. Im weiteren Verlaufe der Versammlung wurde der Hamburger Hafenarbeiterstreik besprochen; nachdem sich sämtliche Redner mit den streikenden Arbeitern solidarisirt erklärt hatten, wurde die Verwaltung beauftragt, sofort aus Lokalmitteln 200 M an die Streikkommission abzugeben.

**Offenbach a. M.** Am 17. November tagte eine öffentliche Metallarbeiterversammlung in Saale zur „Stadt Heidelberg“. Der Referent G. Garbe aus Kassel war durch eingetretene Krankheit am Erscheinen verhindert. An dessen Stelle sprach Kollege Douges über den ersten Punkt der Tagesordnung: „Der Kapitalismus als Zerstörer des Familienlebens.“ Redner zeigte an verschiedenen Beispielen klar und deutlich, wie der Kapitalismus durch seine Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft das Familienleben des Arbeiters zerstört, er wies darauf hin, daß nur die Gewerkschaft in der Lage sei, dem Arbeiter bessere Existenzmittel zu beschaffen und auf diese Art und Weise auch das Familienleben des Arbeiters zu heben. Reicher Beifall lohnte den Redner am Schluß seines einstündigen Vortrages. Im Anschluß hieran gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme: „Die heutige öffentliche Versammlung aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen schließt sich den Ausführungen des Referenten voll und ganz an. Sie erkennt in dem Kapitalismus denjenigen Faktor, welcher das Familienleben des Arbeiters zerstört durch die maßlose Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft. Die Versammlung erkennt ferner, daß nur die Gewerkschaft die richtige Institution ist, die dafür eintritt, daß der Arbeiter seine Lage verbessern kann, um seine Familie zu ernähren und die Frau ihrem Berufe als Mutter und Vorsteherin des Haushalts wiederzugeben. Die Anwesenden erklären deshalb, soweit dies noch nicht geschehen, angesäumt dem Deutschen Metallarbeiter-Verein beizutreten.“ Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Die kommunalen Arbeitsnachweise“ erließ Hg. C. Ulrich das Wort. Nach den Ausführungen des Referenten kann man die kommunalen Arbeitsnachweise in drei Kategorien einteilen. Zur ersten gehören die Arbeitsnachweise, welche unter Kontrolle des Gewerbegerichts stehen. Da die Arbeiter ihren Einfluß bei diesen Institutionen nicht zur Geltung bringen können, weil dieselbe durch die Unternehmer paralysirt wird, stehen sie denselben meist feind gegenüber. Nur im Falle eines Streiks kann dieser Nachweis sogar gefährlich werden, da er dann weiter arbeitet und so den Arbeitern den Kampf erschwere. Die zweite Kategorie sind die Arbeitsnachweise mit dem Streikparagrafen und sind diese bei den Arbeitern weit besser angesehen, da sie bei Streik ihre Thätigkeit für die betreffende Branche oder das betreffende Geschäft einstellen und so den Arbeitern nicht hindernd im Weg stehen. Die dritte, zu welcher die Arbeitsvermittlungsinstitutionen in Offenbach zählt, sind diejenigen Arbeitsnachweise ohne Sanktionen. Dieselben haben gar keinen besonderen Einfluß auf die Arbeiter, ja sie sind meistens nicht einmal lebensfähig zu nennen. Die einzige Forderung, die Referent den Versammelten zu erheben empfehlen kann, ist die, daß der Arbeitsnachweis durch die Gewerkschaften geleitet wird. Zu dieser Angelegenheit sprachen noch verschiedene Redner im Sinne des Referenten. Nachfolgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heute im Saale zur „Stadt Heidelberg“ tagende öffentliche Metallarbeiter-Versammlung erklärt, daß die in hiesiger Stadt errichtete kommunale Arbeitsvermittlungsinstitution in keiner Weise den Ansprüchen der Arbeiter entspricht. Die Versammelten verpflichten sich von einem kommunalen Arbeitsnachweis nur dann etwas, wenn die organisierten Arbeiter die Leitung in Händen haben, die Kosten aber die Arbeiter trägt, und versprechen die Anwesenden stets nur dieses Ziel im Auge zu haben und zu erstreben.“ Mit einem warmen Appell

des Vorsitzenden, stets treu zur Organisation zu stehen und ihr immer neue Kämpfer zuzuführen, wurde die Leiber nicht zu zahlreich besuchte Versammlung geschlossen.

**Posen.** Durch die plötzliche Abreise unseres Bevollmächtigten und Kassierers Henter wird den hiesigen Kollegen wohl am gründlichsten gezeigt, wie wenig sie sich um das Bestehen des Verbandes gekümmert haben; es ist eine Schande für uns in Posen, wenn hier von ca. 700 Metallarbeitern (außer den ca. 500, welche in der Eisenbahnhauptwerkstätte arbeiten), nur 15 bis 20 organisiert sind. Da ist denn die gewöhnliche Ausrede: „Es sind Posen und die lassen sich schwer organisieren.“ Ja, aber warum? Weg mit Euren Nationalgeheul! zeigt, daß Ihr wirklich überzeugte Kollegen seid, kommt den Posen entgegen, behandelt nicht am Biertisch polnische Verhältnisse, sondern allgemeine Arbeiterangelegenheiten. Oder sind wir hier schon so geküßt, daß wir das nicht mehr nötig haben? Schreiber dieses glaubt das nicht, denn solche Zähne wie hier gezeigt werden, gibt es wohl nirgendwo mehr. Oder genügt es einem Familienvater, wenn er 7-12 M wöchentlich nach Hause bringt? Darum, Kollegen, erwacht aus Euren Winterflaf, reißt Euch heraus und agitiert für unsere Sache. Zeit und Gelegenheit findet ein Jeder, wenn er den guten Willen hat.

**Speyer.** In der Werkstätte von Otto Faulwasser werden Kupferschmiede, Schlosser und Spengler beschäftigt. Wir waren 5 organisierte Arbeiter, 2 Kupferschmiede, 2 Spengler, 1 Schlosser. So lange das Geschäft gut ging, war die Behandlung eine annehmbare. Aber seitdem die Geschäfte schlechter gehen, sind so verschiedene Ausdrücke gefallen, die man sich nur unter dem Drucke gefallen lassen muß, daß das Auf der Sandstrasse liegen ein unangenehmes Ding ist. Vor 14 Tagen erhielten wir Alle die Kündigung mit dem Bemerkung: „Ich kann es so nicht weiter treiben, ich finde meine Rechnung nicht und habe keine Arbeit mehr.“ Trotzdem sucht derselbe Herr F. nach Arbeitern der drei genannten Branchen.

**Wilhelmshurg.** Versammlung am 14. November. Ueber „Die Lohnkämpfe in früherer und jetziger Zeit“ referierte Genosse Bessier aus Hamburg. Redner legte in klaren Ausführungen die Lohnkämpfe des 14. und 15. Jahrhunderts dar; die alte Phrase, womit unsere Gegner uns heute noch immer kommen, daß seiner Zeit ein friedliches und patriarchalisches Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeiter bestanden habe, sei nicht wahr. Gerade in jener Zeit, wo das Handwerk noch eine wirkliche Kunst war, haben es auch die Arbeiter verstanden, für ihre damaligen Interessen einzutreten. Unter welchen Schwierigkeiten dieses geschehen sei, ergibt eine Verordnung der Ober- und Niederrheinischen Meister und Stadträte, welche 1465 in Straßburg verfaßt wurde und die es den damaligen Arbeitern fast unmöglich machte, sich zu organisieren. Redner ging alsdann zu der hitzerfüllten kapitalistischen Gesellschaft über und verglich in drastischer Weise die jetzigen Lohnkämpfe mit den früheren. (Beifall.) Die Abrechnung ergab eine Einnahme von 13345 M, eine Ausgabe von 4831 M. Es verbleiben der örtlichen Verwaltung von der gesamten Einnahme 25 Prozent; mithin ist ein Defizit von 240 M vorhanden. Nachdem die Abrechnung genehmigt und dem Kassierer Decharge erteilt war, wurde zu Innern Vereinskangelegenheiten übergegangen. Hier hatten zunächst die Bezirkskassierer Bericht über die in letzter Zeit erhobenen Beschwerden betreffs Kolportage unseres Fachorgans zu erstatten. Da dem Kollegen Bastian die Kolportage übertragen ist, soll derselbe betreffs Regelung seiner Mitgliederliste sich an den Hauptkassierer wenden. Hiernach wurde Kollege Kubelt als dritter Bezirkskassierer gewählt. Ferner entspann sich eine lebhafte Debatte über die Leitung des Gewerkschaftskartells. Es wurde der Antrag angenommen, daß der Vorsitzende vom Kartell beauftragt werde, eine öffentliche Versammlung aller Gewerkschaften einzuberufen mit der Tagesordnung: „Pflichten und Nutzen des Gewerkschaftskartells.“ Hierzu ist ein passender Referent zu besorgen. Ferner wurden die Delegierten beauftragt, im Falle noch eine Sitzung vor der Versammlung stattfindet, der Leitung des Kartells ein Tadelvotum auszustellen. Es wurde beschlossen, die nächste Abrechnung im Januar erfolgen zu lassen. Die nächste Versammlung findet im Dezember statt.

**Feilenhauer.** München. Der Zugang von Feilenhauern und Feilenbeschleifern nach München ist wegen ausgebrochenen Differenzen (Verkürzung der Arbeitszeit) strengstens fern zu halten. Näherer Bericht folgt.

**Vermischtes.**

**Eine umfangreiche Novelle zum Unfallversicherungs-Gesetz,** so schreibt der „Vorwärts“ ist im Bundesrat fertiggestellt und vertheilt worden. Aufgabe der Arbeiterorganisationen, der Gewerkschaften, sowie der Krankenkassen ist es, unverzüglich alles Material, was auf diesen Gegenstand Bezug hat, zu sammeln und den Angeordneten unserer Fraktion zur Verfügung zu stellen. Nur dann, wenn alle Mißstände zur Kenntniß des Reichstags kommen, ist es möglich, die Mängel des Gesetzes zu beseitigen. Man warte mit der Abfertigung des Materials nicht bis zur letzten Stunde, da sonst leicht so viel in einigen Tagen zusammenströmt, daß das wichtigste nicht mehr verarbeitet werden kann. Das, was die Unternehmer an dem Gesetz geändert haben wollen, werden die Vorstände der Berufsgenossenschaften schon schnell zusammenbringen. Die Arbeiterorganisationen dürfen nicht hinter den Unternehmerverbänden zurückbleiben, deshalb muß schnell Material gesammelt werden.

**Sind die Klagen der Arbeitgeber** über die große Zahl von Kontraktbrüchen, die von Arbeitern begangen sein sollen, berechtigt? Nach den Berichten der Gewerbeämter und auch der preussischen Verwaltungsbehörden sind solche überhaupt nicht oder doch nur vereinzelt, besonders zu Zeiten beobachtet worden, wo der eine oder der andere Industrieszweig eine außergewöhnliche lebhafte Thätigkeit entwickelte und den Arbeitern größeren Verdienst versprach. Der hiesige Aufsichtsbeamte schreibt, daß der Kontraktbruch nicht sehr häufig vorgekommen sei. Viele Arbeitgeber hätten geklagt, „daß sie keine genügenden Mittel besäßen, um sich gegen den Kontraktbruch erfolgreich zu schützen. Namentlich ist dies der Fall bei der nicht geringen Zahl von Arbeitgebern, die in der Arbeitsordnung gar keine Bestimmungen darüber getroffen haben, daß Lohnbeträge im Falle des Kontraktbruches für verwirkt erklärt werden können. Sie geben an, dies unterlassen zu haben, weil sie es für unbillig hielten, wegen einzelner unzuverlässiger Arbeiter sämtlichen Arbeitern einen Theil des Lohnes zurückzuhalten. Jedenfalls haben sie aber nicht das Recht, sich über unzureichende Mittel zur Verhütung des Kontraktbruches zu beklagen, wenn sie die in dieser Beziehung gebotenen gesetzlichen Handhaben nicht benutzen.“

**Ueber den Empfang der Deputationen der englischen Gewerkevereiner** beim Präsidenten des Handelsamtes und beim Minister des Innern wird der „Leipziger Volkszeitung“ unterm 19. November geschrieben: Die Regierung wird von Zeit zu Zeit daran erinnert, daß sie im Vorjahr in Ermangelung eines eigenen Programmes die vom gegenwärtigen Kolonialminister aufgestellte großartige Sozialreform aufs Banner schrieb, als sie an das Volk die Berufung einlegte. Die Deputationen der britischen Gewerkevereine, die vorgestern beim Präsidenten des Handelsamtes Mittheilung und gestern beim Sekretär des Innern, Sir White Ridley vorkamen, wollten sich in erster Linie danach erkundigen, wie die konservativen Minister sich zu den auf dem Arbeiterparlament in Glinburg aufgestellten Forderungen betreffs Abänderung der Gesetzgebung im Interesse der Arbeiter stellen werden. Der englische Gewerkevereiner ist ein sanguinisches Geschöpf und läßt sich gar leicht mit schönen Worten fressen und eine Händedruck eines Ministers ist für gar viele dieser Leute ein Ereigniß, das sie nicht bald vergessen. Schöne Worte und Händeschütteln haben die Deputationen bei beiden Ministern geholt, aber weiter auch gar nichts. Herr Ritchie hat ein einziges greifbares Versprechen gemacht in Bezug auf das Handelsmarkengesetz. Dieses 1887 erlassene Gesetz, das verlangt, daß auf eingeführten Waaren der Ort der Herstellung vermerkt werde, ist nicht unwirksam gewesen; im Gegentheil, nur ist, wie Herr Ritchie traurig bemerkte, die Wirksamkeit des Gesetzes gerade zum Gegentheil dessen geworden, was die Urheber beabsichtigten. Es sollte britische Waaren vor Nachahmung beschützen, aber es hat bloß für ausländische Waaren den Verbrauchern herrschend. Wie kommt die Deputation auch vom Präsidenten des Handelsamtes etwas Tröstliches erwarten, als das Versprechen, daß man dieses Markenbeschützungsabändern werde, wenn man sich erinnert, daß einer der reichsten Besitzer von Kohlengruben Englands, der Earl of Dudley, Sekretär in diesem Ministerium ist?

Nicht viel besser ist es der Deputation ergangen, die von Sir M. White Ridley im großen Saal des Württembergischen Anwesens empfangen wurde, weil keine andere Männlichkeit groß genug war, alle Gewerkevereiner, die anwesend sein wollten, zu fassen. Ein Blatt bemerkt faßlich, daß das Einkommen dieses Ministers trotzdem das Gesamteinkommen aller anwesenden Arbeiter übersteigt. Der Minister war auch nicht sehr geneigt, auf die Forderungen der Leute

einzugehen, die von ihm verlangten, daß in dem einzubringenden Haftpflichtgesetz für Arbeitgeber es dem letzteren nicht erlaubt sein solle, sich vertraglich vom Gesetz und somit von der Verpflichtung der Entschädigung für Verletzungen von Angestellten loszusagen. Die Weigerung des Ministers macht einen um so peinlicheren Eindruck, wenn man sich erinnert, daß auf Joseph Chamberlains Sozialreform diese Vertragsklausel eine sehr bedeutende Rolle spielte. Was der Minister that, beschränkte sich auf die Aeußerung seiner individuellen Ansicht, daß das Gesetz über gemeinsame Beschäftigung abgesehen werde. Im Verlauf seiner Rede erwähnte er noch einen Punkt, der für die Arbeiterklasse von größtem Werthe ist. Bekanntlich standen die Gewerkschaften vor Zeiten unter einem Gesetz, das sie zu Verführungen stempelte und Ihre Mitarbeiter kannten sich gar wohl erinnern, daß bei einem industriellen Streik Arbeiter, die als Pietsch eine Fabrik bewachten, wo ein Ausstand erklärt war, wegen Verführung verurtheilt wurden.

In 1875 wurde unter Gladstones Verwaltung das Gesetz someth abgeändert, daß es nicht mehr auf Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Unternehmern angewandt werden konnte. Merkwürdigerweise findet dieses barbarische Gesetz seine Anwendung noch immer auf Streitigkeiten zwischen zwei Klassen von Arbeitern, sagen wir zwischen Gewerkevereiner und Streikbrechern, das sollte nicht sein; denn es ist eine industrielle Streitigkeit wie die zwischen Meistern und Arbeitern. Daß der reiche Minister von einer Bezahlung der Abgeordneten nichts wissen wollte, kann als selbstverständlich angesehen werden.

**Litterarisches.**

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, S. J. Dieß Verlag) ist soeben das 9. Heft des 15. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Reichstagsdebatten. — Was will und kann die materialistische Geschichtsauffassung leisten? (Schluß). — Kleine Briefe. — Der Gesetzentwurf betr. die Disziplinargeschichte der preussischen Bergbeamten. Von einem Arzte. — Die Arbeitslosigkeit-Versicherung und die „Frankfurter-Zeitung“. Von R. Kautsch. — Revue der Revuen. — Vitterarische Mundschau. — Notizen: Die Apothekerfrage. Von F. Demml. Arbeitszeit und Arbeitslöhne in der schweizerischen Fabrikindustrie. — Feuilleton: Wie früher Streiks zum Ende gebracht wurden. Von Gustav Schönfeldt.

**Karl Marx zum Gedächtniß.** Ein Lebensbild und Erinnerungen von W. Liebknecht. 8 Bogen 8°. Unter Beigabe von 1 Porträt von Marx und 2 Facsimile-Wiedergaben von W. Liebknecht und Engels. Diese schon früher angekündigte Schrift ist nunmehr soeben bei W. Liebknecht & Comp. in Nürnberg erschienen. Der Verfasser schildert Karl Marx nicht als den Gelehrten, sondern als Menschen. Bis jetzt haben wir nur Gegner über Marx geschrieben, ihn als „Herzlos“, „altberechnend“ usw. geschildert. Und doch wie ganz anders war dieser Mann. In dem großen Gelehrten schlug auch ein großes Herz warm für alles Menschliche! Dies dem Volke nach zu rufen, zu zeigen, daß die Urtheile der Gegner falsch sind, war die Aufgabe, die sich Liebknecht stellte und die er glücklich löste. Keiner ist noch vorhanden, der mehr befähigt und berufen wäre, über Marx als Menschen zu schreiben. Liebknecht verlebte während der Londoner Exilzeit bis Anfang der 60er Jahre fast täglich und Jahre lang fast den ganzen Tag im Marx'schen Hause. Auch nach der Londoner Zeit hörte der stete Verkehr nicht auf. — Der Inhalt besteht aus einer biographischen Einleitung, Erinnerungen und einem Anhang, in dem neben Anderem das Verhältniß Lassalle's zu Marx, Engels, Liebknecht usw. dargestellt wird. Gerade dieser Abschnitt wird großes Interesse wecken. Von den einzelnen Kapiteln nennen wir: Wie ich mit Marx bekannt wurde. Einzelheiten und Sonstiges. Marx als Lehrer. Popularität. Wästen, Menschen und Photographien. Genie ist Fleiß. Freund und Lehrer. Urquhart. Dichtungsweg. Marx und die Kinder. Patriotismus und was davon kommt. Krankheit und Tod. (In diesem Kapitel hat in liebenswürdiger Weise Frau Eleanor Welling, die Tochter von Karl Marx, mitgearbeitet.) Nach meiner Londoner Zeit. Die Schrift kostet 75 J und ist durch alle Buchhandlungen und Postbestellung zu beziehen.

**Gesängerbuch in Mecklenburg.** Selbstverlehtes und Selbstverkauftes von einem Berliner Arbeiter-Lesen. Mit einem Vorwort von M. Bebel. 39 S. Klein 8°. Preis 25 J. Berlin 1896. Verlag der Buchhandlung Vorwärts. Landwirthschaft und Industrie sind so grundverschiedene Seiten unseres wirtschaftlichen Lebens, daß es den in der Stadt aufgewachsenen Industriearbeitern sehr schwer fällt und nur allzu oft ganz unmöglich wird, sich ein richtiges Bild von



dem Leben, den Anschauungen und den Lehren seiner Brüder auf dem Lande zu machen. Hierin liegen auch zum Theil die Schwierigkeiten der Agitation auf dem Lande. Mit der Veröffentlichung der hier angezeigten Schrift, der wir Verbreitung besonders in den Kreisen der städtischen Arbeiter wünschen, wird der Versuch gemacht, das Leben der Landarbeiter zu schildern; das die von einem Arbeiter geschrieben, der auf dem Lande thätig war, der also Selbsterlebtes und Selbsterkanntes berichtet, erscheint uns als ein wichtiger Vorzug dieser Schrift. Die Schrift ist nicht nur belehrend, sie ist auch unterhaltend, sie bildet trotz mancher Ungefügigkeit der Sprache vom Anfang bis zum Ende eine spannende Lektüre. Die Einleitung von Weber und der zum Schlusse abgedruckte mecklenburgische Tagelöhnerkontrakt, ein sozialbedeutendes Altentstück erhöhen den Werth des Schriftchens.

Der Fabrikarbeiter und seine rechtliche Stellung, Handbuch für Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Verwaltungsbehörden und Gewerbebehörden, von Emil Wolff, Vorsitzender des Gewerbegerichts und Bürgerausschussleiter in Offenbach. Preis (gebunden): 1 Stück 2 Mk. (Verlag von G. Reibold, Frankfurt a. M.).

Briefkasten.

Nr. 75792 und 109014, Pilsberg. Wir eruchen um Angabe der genauen Adressen.

Yugoslawien. Wie oft müssen wir es noch sagen, daß Anzeigen auf ein besonderes Stück Papier zu schreiben und nicht in eine Korrespondenz hineinzuflicken sind?!

H. R. Köln. Die Sperre über Werkstätten kann nur vom Hauptvorstand aufgehoben und veröffentlicht werden (§ 21 Abs. 1 und 14 des Statuts). Es ist aber doch selbstverständlich, daß eine Sperre nicht in alle Ewigkeit aufrecht erhalten werden kann. Wir verweisen daher auf die Bekanntmachung, welche der Vorstand im vorigen Jahre in Nr. 41 d. Bl. erlassen hat, in welcher es heißt: "Jede richtig begründete und daher zugelassene Bezugswarnung erlischt, sofern nicht früher eine Freigabe der gesperrten Orte oder Werkstätten stattfindet, in vier hintereinander erscheinenden Nummern des Verbandsorgans und fällt von selbst, sobald eine Erneuerung in dieser Zeit (beim Vorstand) nicht beantragt und ein Situationsbericht nicht erstattet wird." — Da Letzteres zweifellos nicht geschehen ist, so ist der Bezug vom Vorstand freigegeben worden.

An ? in Frankfurt a. M. Warum jenden Sie die Metallarbeiterzeitung an Stengel in Oberrod, ohne sich als Abnehmer zu bezeichnen? In Folge dessen kommt die Zeitung, weil Adressat „unbekannt“, stets an uns zurück.

H. B. Köln. Wenn sich S. der gesetzlichen Bestimmungen schuldig gemacht hat, so wenden Sie sich an den Vorstand, damit ihn derselbe zur Rechenschaft zieht.

F. Z. Tündenthal. Wie heißt der ehemalige Bevollmächtigte, dessen Adresse gewünscht wird? Wir können unleserliche Namen nicht entziffern. — Der Verbandsausweis erlischt sich wohl unter Hinweis auf die Briefkastennotiz an G. E. nach Köln in d. Nr. 3.

H. Göttingen. Ja!

F. S. Pommendorf. Darüber können wir keine Mittheilung machen.

Verbands-Anzeigen.

In jeder Versammlung werden neue Mitglieder aufgenommen und können Beiträge bezahlt werden.

Alfeld. Sonnabend, 12. Dezbr., Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung auf der Herberge. Neuwahl der Ortsverwaltung.

Altenburg. Sonnabend, 5. Dez., Abds. halb 9 Uhr, Generalversammlung im "Gold Löwe". Bericht und Neuwahl der Ortsverwaltung.

All- und Neugersdorf. Sonntag, 6. Dez., Nachm. halb 3 Uhr, Zusammenkunft in der "Seemannshalle".

Aschaffenburg. Sonntag, 5. Dezbr., Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Verammlung. Bericht über die Konvention der örtlichen Kartelle des Hesses, Hessens-Rheins und Aschaffenburg.

Augsburg. Samstag, 5. Dez., Abds. 8 Uhr, Generalversammlung.

Bayern. Am 5. Dezbr., Abds. halb 9 Uhr, bei Herrn Kühn, Fischerhäuserstr. 19, Mitglieder-Verammlung. — Die Adresse des Bevollmächtigten ist: Carl Wilm, Alterstraße 139.

Braunschweig. (Sektion der Schlosser und Poliermacher.) Jeden 2. und 4. Sonntagabend im Monat Versammlung.

Bredow. Sonntag, 6. Dezbr., Nachm. 3 Uhr, Generalversammlung. Neuwahl der Ortsverwaltung.

Caanastadt (Allg.) Samstag, 5. Dez., Mitglieder-Versammlung im "Rustischen Hof".

Cöpenick. Montag, 7. Dez., Abends 8 Uhr, bei Schröder in Kiez bei Spandau, Generalversammlung. Bericht der Verwaltung. Neuwahl beiseiten. Wie gestalten wir unser Stützfest?

Collbus. Sonnabend, 12. Dez., Abds. 8 Uhr, außerordentlich Generalversammlung bei G. West Schlossstraße 12. Neuwahl der Ortsverwaltung. Mitgliedsbücher sind behufs Revision mitzubringen. — Bestimmte Beiträge sind bis zum Jahresabschluss zu begleichen.

Durlach. Samstag, 5. Dez., Abends halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung im oberen Saale der "Festhalle". Vortrag.

Düsseldorf. Samstag, 5. Dez., Abds. 9 Uhr, bei Herrn Schwarz, Schützenstraße, Mitglieder-Versammlung. Neuwahl der Ortsverwaltung. Bericht des Gewerbegerichtsleiters über seine Thätigkeit.

Düsseldorf. Jeden Sonntag von 11 bis 1 Uhr bei Zanter, Volkersstr., und Heikhausen, Martinstr., Beitragszahlung und Aufnahme neuer Mitglieder.

Essen. Sonntag, 6. Dez., Vorm. 11 Uhr, Versammlung. Vortrag über: Die Gewerbegerichtswahlen und ihre Bedeutung. — Unsere Herberge befindet sich bei Herrn Leo Zehner, Viehhofstraße 76. Daseibst können die Mitglieder ihre Beiträge bezahlen und sich an- und abmelden. Es wird begehrt, den Kassierer in seiner Wohnung nicht aufzusuchen. — Die sämigen Mitglieder werden dringend ersucht, ihre rückständigen Beiträge zu zahlen, da sie sonst gestrichen werden.

Fusburg (Allg.) Sonnabend, 12. Dez., Mitglieder-Versammlung im Gahhaus "Hoheufst". Vortrag. Neuwahl der Ortsverwaltung.

Frankenthal. Samstag, 5. Dezbr., Abends halb 9 Uhr, im Lokal Grieginger, Mitglieder-Verammlung. Neuwahl der Ortsverwaltung. Lokalfrage. Die Mitgliedsbücher sind behufs Revision abzulesen. — Wohnungswechsel ist sofort bei der Ortsverwaltung anzugeben.

Frankfurt a. M. (Sekt. d. Spengler und Kupferarbeiter.) Samstag, 5. Dezbr., Abds. halb 9 Uhr, bei Stein, gr. Eschenheimerstr. 23, Mitglieder-Verammlung. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Wilhelm Schmidt über: Unfall- und Krankheitsversicherungsgesetz. — Die Adresse des Bevollmächtigten ist von jetzt ab: Rießstr. 31/11.

Göttingen. Samstag, abds. 8 Uhr, Generalversammlung im Lokal Drei Könige. Neuwahl der Ortsverwaltung.

Görlitz. Montag, 11. Dez., Abds. halb 9 Uhr, Generalversammlung im kleinen Kongresssaal. Wahl der Ortsverwaltung.

Gröningen. Sonntag, 6. Dez., Vorm. 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung in der "Kanne". Mitgliederbücher sind mitzubringen. Neustanten werden ersucht, ihren Verpflichtungen nachzukommen.

Hannover. Gemeinschaftliche Mitglieder-Verammlung für unsere Sektoren am Montag, 7. Dezbr., Abds. 9 Uhr, im Lokale des Herrn H. Hübner, Hohe Straße.

Hannover. (Sektion der Schlosser u. v. v.) Dienstag, 8. Dezbr., im Restauration "Hafenstraße", Fachwissenschaftlicher Vortrag. Vorstandswahlen.

Hannover. (Sektion der Schmiede.) Sonnabend, 12. Dez., Abds. halb 9 Uhr, Versammlung bei Greding, Langestr. 2. Vortrag.

Hagenau. Sonnabend, 5. Dezbr., bei Blümel, Mitglieder-Versammlung. Neuwahl der Verwaltungskasse.

Harlstraße (Allg.) Samstag, 12. Dez., Abds. 9 Uhr, bei Kanbach Kaiserstr. 13, Mitglieder-Verammlung. Vortrag.

Harlstraße (Sektion d. Basislöcher.) Samstag, 5. Dez., Abds. halb 9 Uhr, in der "Fortuna" Mitglieder-Versammlung. — Die Neustanten werden ersucht, ihrer Pflicht bis Jahresabschluss nachzukommen.

Harlsstraße (Sektion der Schmiede) Sonntag, 6. Dezbr., Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Verammlung im "Gold. Kreuz" (Kudwigstraße). Behufs Revision sind die Mitgliedsbücher mitzubringen.

Harlstraße (Sektion der Schmiede) Sonntag, 5. Dezbr., Abds. halb 9 Uhr, im "Anschützer" Mitglieder-Verammlung.

Harlstraße-Mühlburg. Samstag, 5. Dezbr., Abds. halb 9 Uhr, im "Ritter", Generalversammlung. Wahl der Ortsverwaltung.

Honolulu. Samstag, 12. Dezbr., im Restaurant "Hafenstraße", Generalversammlung. Neuwahl des Vorstandes.

Landesberg a. M. Sonnabend, 5. Dez., Abds. halb 9 Uhr, im Notenburgischen Lokal, Harlsstraße 31, Mitglieder-Verammlung.

Lollar. Dienstag, 8. Dez., Mitglieder-Verammlung. Vortrag des Gen. Garbe-Cassel. Neuwahl der Ortsverwaltung. — Die Neustanten werden ersucht, ihren Pflichten nachzukommen.

Ludwigshafen. Sonntag, 6. Dezbr., Nachm. 3 Uhr, Generalversammlung im Holänder's Brauerei. Die Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Ludwigshafen a. Rh. Samstag, 5. Dez., Abds. 9 Uhr, bei Koob, Generalversammlung. Vortrag. Neuwahl der Ortsverwaltung.

Meinwilh. Sonnabend, 5. Dezbr., Abds. 8 Uhr, Generalversammlung bei Th. Traber. Neuwahl der Ortsverwaltung und der Delegirten zum Kartell. — Sonntag, 6. Dez., Nachm. 3 Uhr, öffentliche Gewerkschaftsversammlung in Reipoberschan.

Münsterberg. (Allg.) Samstag, den 19. Dezember, Abends halb 9 Uhr, in der Restauration Herzog, Neuhofstr., Generalversammlung. Jahresbericht des Bevollmächtigten. Wahl der Verwaltung. — Mitglieder, welche arbeitslos sind, wollen bis zu obiger Versammlung die Karten behufs Arbeitslosenstatistik ausgefüllt abgeben.

Münsterberg. (Sekt. der Metallarbeiter.) Samstag, 12. Dez., im Vereinslokal, Albrechtstr. 1, Mitglieder-Versammlung. Bericht der Verwaltung und Neuwahl derselben.

Münsterberg. (Sektion der Schmiede etc.) Samstag, 12. Dez., Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Verammlung im "Zammerthal" Vortrag über: Arbeitslosenunterstützung. — Sonntag, 3. Jan., Nachm. punkt halb 3 Uhr, ordentliche Generalversammlung im "Zammerthal". Bericht des Vorsitzenden und des Kassiers. Neuwahl der Ortsverwaltung.

Oldenburg. Sonnabend, 12. Dezbr., Generalversammlung bei Sain, Kurwischstraße. Neuwahl der Ortsverwaltung.

Osnabrück. Sonntag, 13. Dezbr., Versammlung im Restaurant "Bavaria". Neuwahl der Ortsverwaltung. Das hiesige Kartellverhältnis.

Regensburg. Sonntag, 13. Dezbr., Vorm. 10 Uhr, Generalversammlung im "Goldenen Ritter". Neuwahl der Ortsverwaltung.

Schwelm. Sonntag, 13. Dezbr., bei Karl G. Inghaus, Schulstr., Versammlung.

Schwelm. (Sektion der Schmiede) Samstag, 5. Dezbr., Abds. 8 Uhr, Versammlung. — Die Neustanten werden an ihre Verpflichtungen erinnert. — In Zukunft jeden ersten Samstags im Monat Versammlung.

Spener. Samstag, 12. Dezbr., Abds. halb 9 Uhr, Generalversammlung im "Römischen Kaiser". Neuwahl der Ortsverwaltung.

Stiria J. Sonnabend, 12. Dez., Abds. 8 Uhr, bei Buhrow, Hofgärten 61, Generalversammlung. Neuwahl der Ortsverwaltung.

Stüttgart. (Sektion der Flaschner.) Samstag, 5. Dez., Abds. 8 Uhr, im "Hirsch", Zimmer 20, Mitglieder-Verammlung.

Witten. Sonntag, 13. Dezbr., Vorm. 9 Uhr, Mitglieder-Verammlung im Lokale des Herrn Weigenfeld, Hauptstr. Wahl der Ortsverwaltung. — Die Neustanten werden an ihre Pflichten erinnert.

Ferie Verein.

Döbela i. S. (Metallarbeiterverein.) Sonnabend, 12. Dez., Abds. halb 9 Uhr, Versammlung auf der "Muldenterrasse".

Öffentl. Versammlungen.

Veraburg. Sonnabend, 12. Dezbr., öffentliche Metallarbeiter-Verammlung. Die Arbeitslosenunterstützung und die bevorstehende Generalversammlung. Neuwahl des Vertreters-Schmieds.

Bredow. Sonnabend, 5. Dez., Abds. 8 Uhr, im Bredower "Sängershaus" öffentliche Metallarbeiter-Verammlung für Grabow-Bredow. Vortrag. Wahl der Delegirten zum Gewerkschaftskartell für Randow und Greifenhagen.

Bredow. A. Sonnabend, 12. Dezbr., Abds. halb 9 Uhr, große öffentliche Versammlung im großen Saale des "Trianon". Die Handwerkerwahlen mit Bezug auf die Gewerbegerichtsahlen. Ref.: Senfke Krüger. Gewerkschaftliches.

Witten. Sonntag, 6. Dezbr., Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Weigenfeld, große öffentliche Versammlung aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter. Vortrag des Kollegen G. Garbe-Kassel über: Die Arbeitslosen als Zerstörer des Familienlebens.

Witten. Sonntag, 6. Dezbr., Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Weigenfeld, große öffentliche Versammlung aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter. Vortrag des Kollegen G. Garbe-Kassel über: Die Arbeitslosen als Zerstörer des Familienlebens.

Witten. Sonntag, 6. Dezbr., Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Weigenfeld, große öffentliche Versammlung aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter. Vortrag des Kollegen G. Garbe-Kassel über: Die Arbeitslosen als Zerstörer des Familienlebens.

Witten. Sonntag, 6. Dezbr., Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Weigenfeld, große öffentliche Versammlung aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter. Vortrag des Kollegen G. Garbe-Kassel über: Die Arbeitslosen als Zerstörer des Familienlebens.

Witten. Sonntag, 6. Dezbr., Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Weigenfeld, große öffentliche Versammlung aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter. Vortrag des Kollegen G. Garbe-Kassel über: Die Arbeitslosen als Zerstörer des Familienlebens.

Anzeigen.

Die Verwaltungen des D. M. V. werden ersucht, uns etwaige Zustände bei den in unserem Blatte Arbeiter suchenden Firmen sofort unter Angabe der Gründe zu melden.

Nachruf. Am 29. November starb nach kurzer Krankheit unser langjähriger Kollege, der Dreher Paul Frisch. Wir rufen ihn ein „Ruhe sanft“ nach. Ortsverwaltung Görlitz.

Der Feilenhauer Theodor Proka aus Breslau, Buch Nr. 67 007, wird erucht, seinen Verpflichtungen gegen die Sektion der Feilenhauer Rindchen nachzukommen. J. Pommer, L. Bererstr. 12/IV.

Der Feilenhauer Julius Naumann, geb. zu Dessau, zuletzt in Leipzig-Volkmarisdorf, Juliusstr. 17, wird ersucht, seine Adresse an seinen Bruder nach Mainz („Stadt Worms“) gelangen zu lassen.

Der Feilenhauer Otto Pflüger wird ersucht, seine Adresse an H. Pflüger in Dresden-Striesen, „Deutsche Ecke“, gelangen zu lassen.

Wir ersuchen die Verwaltungen, um die Adresse des Exwalters Albin Eifenschmidt, geb. 3. Febr. 1870 zu Leipzig, B. Nr. 96 044, mittheilen zu wollen. Ortsverw. d. Spengler u. Installat. Frankfurt a. M.

Wir ersuchen um die Adresse des Kollegen Otto Friedrich aus Breslau. Ortsverw. Neu Ruppin.

Ich eruche die Ortsverwaltungen um die Adresse des Schlossers Joh. Girkau aus Gilling, geb. 17. Januar 1875, B. Nr. 151 416, eingetr. am 20. Nov. 1896 in G. Ue. E. G. Dow, Verbandskassier in Celle.

Zwei tüchtige Feilenhauer auf große Arbeit suchen anderweitig sichere Stellung. Offerten unter D. M. V. Zwickau i. S., Hofstr. 29/11

Fünf sehr tüchtige Feilenhauer für kleine Post zu ver sofort gesucht. Straßburger Feilenfabrik und Dampfeschleifer Albert Meyer.

Event tüchtiger Feilenhauer gesucht. Gunau Rod, Linden Hannover, Göttingerstr. 61.

Ein in Britannia bewandertes Gesich bei hohem Lohn und dauernder Beschäftigung zu baldigem Eintritt gesucht. Sollte, welche auch in Zinkguss erfahren sind, erhalten den Vorzug. Offerten unter E. B. Nr. 153 an die Erped.

Übernehme die Eintheilung von Maschinen auf Mess- u. Dilswerkzeugen, sowie das Fernreisen aller Gegenstände in kürzester Fristzeit. Aug. Loss, Giesdichenweiner-Halle a. S. O.

Empfehle mich den Kollegen im Anfertigen von hochfeinem Formnerwerkzeug. F. Seimack, Bucher, Gasse a. S. Al. Ulrichstr. 36.

Fahnen.

Schärpen, Bänder, Schleifen, Vereinsabzeichen etc. für Arbeiter-, Jünger-, Curier-, Schützen-Vereine u. s. w. von billigster bis zu feinsten Qualität in acht Gold und wachsender Silber, nur Handarbeit in künstlerischer Ausführung empfiehlt die Fahnenstickerei von Frau M. Grillenberger, Münsterberg, Waisenstraße 12. Beste Referenzen seit zehnjähriger Thätigkeit von zahlreichen befreundeten Vereinen in den verschied. Theilen Deutschlands. Preiscurant gratis und franco. Bestellungen für die Frühjahrszeit, speziell für den 1. Mai, während der Wintermonate erbeten. Zweijährige Garantie.

Scherm's Reisehandbuch für wandernde Arbeiter. Mit 1 Eisenbahnkarte und zwei Straßenkarten, geb. 2 Mk. 150. Ca. 2000 Jahre Fakten u. Eingehend zur Berechnung des Reisegebührens bei den Zentralveränden: Brauer, Forner, Fahrkarten, Holzarb. (Sekt.) Metallarb., Tabakarb., Bergarb. Sekt. Souvenier f. Arbeiter. Zu bez. auch geg. Briefm. d. J. Scherm, Münsterberg, u. a. Buchhdlg. u. Kolb.